



AUS VIER MACH ZWEI

**SCHWERPUNKT
URWAHL**

Erbschaftsteuer. Das war nix.

Offener Brief

Liebe Grüne in Bund und Ländern,

über 157.000 Menschen haben sich hinter einen Appell gestellt, der eine gerechtere Besteuerung großer Erbschaften fordert. Dementsprechend begrüßen wir es, dass die grüne Fraktion im Bundestag das Gesetz zur Reform der Erbschaftsteuer abgelehnt hat – völlig zurecht und wohlbegründet.

Doch dort, wo die Grünen das Gesetz hätten aufhalten können, sind sie eingeknickt: im Bundesrat. An zehn von 16 Landesregierungen sind die Grünen beteiligt – doch acht Landesregierungen mit grüner Regierungsbeteiligung stimmten einem völlig unzureichenden Kompromiss aus dem Vermittlungsausschuss zu. Hierüber sind wir sehr enttäuscht.

Bei der Erbschaftsteuer gilt bisher: Je höher das Erbe, desto geringer die prozentuale Besteuerung. Im Schnitt muss ein Erbe, der über 20 Millionen Euro bekommt, nur 1,8 Prozent Steuern darauf zahlen. Damit werden wirklich Vermögende nicht angemessen an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft weiter auseinander.

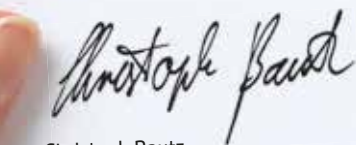
Das neue Gesetz, dem Sie zugestimmt haben, wird daran nichts ändern. Denn es enthält weiterhin gigantische Steuer-Schlupflöcher für Superreiche. Die Dimension dieser Schlupflöcher hat eine Studie der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und der Freien Universität Berlin belegt. Weiterhin können selbst Unternehmensanteile im Wert von 200 Millionen Euro durch das Verschenken an minderjährige Kinder ohne eigenes Vermögen komplett steuerfrei weitergegeben werden. Die verfassungswidrige Bevorzugung von reichen Erben wird fast unverändert fortgesetzt.

Durch die Steuerbefreiung der vermögenden Firmenerben gehen den öffentlichen Haushalten Milliarden verloren. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzt die Steuerausfälle durch die Begünstigungen von Unternehmensübertragungen für die Festsetzungsjahre 2011 bis 2015 auf insgesamt gut 53 Milliarden Euro.

Im Bundestagswahlkampf wird die Auseinandersetzung um die zukünftige Steuerpolitik eine zentrale Rolle spielen. Hier müssen die Grünen klar Farbe für eine tiefgreifende Reform der Erbschaftsteuer bekennen, die die Bevorzugung von Superreichen beendet. Eine Flat-Tax halten wir dabei nicht für die richtige Lösung, da dann der gleiche Steuersatz für große und kleine Erbschaften gilt. Wir plädieren für eine wirklich progressive Besteuerung, wo die Steuersätze auch in der Realität mit der Höhe des Erbes steigen. Denn gerade die sehr Vermögenden müssen ihren gerechten Beitrag zum Gemeinwesen leisten.

Wir erwarten von Ihnen: Bei der nächsten steuerpolitischen Entscheidung dürfen Sie die Gerechtigkeit nicht wieder aus den Augen verlieren.

Mit hoffnungsvollen Grüßen



Christoph Bautz
Geschäftsführender Vorstand

Bewegt Politik
campact!

Für Steuergerechtigkeit kämpfen. Das wäre was!

Bewegt Politik
campact!

MERKSATZ

„Parteien sollten nur versprechen,
wofür sie auch wirklich kämpfen wollen.
Selbstverständlich eigentlich, oder?“

Jamila Schäfer, Seite 21

Die Wahl haben – das ist in unserem Alltag ganz selbstverständlich. Und es ist uns wichtig. Denn im Privaten wie in der Politik heißt mitbestimmen immer auch mitgestalten, heißt Verantwortung übernehmen und Verantwortung übertragen. Gut so! Wählen können zeichnet unsere freie Gesellschaft aus.

Wir Grünen haben die Urwahl – und sind damit die einzige Partei in Deutschland, bei der die Mitglieder direkt entscheiden, wer sie in die Bundestagswahl führt. Auf den folgenden Seiten stellen wir euch unsere vier Kandidierenden zur Urwahl vor (ab S. 4). Für uns Grüne ist die Urwahl ein motivierendes Signal nach innen wie nach außen – sie spiegelt unsere lebendige Parteikultur und ist der Auftakt für den Bundestagswahlkampf 2017: Mit einem starken Spitzenduo werben wir überzeugend für unsere grünen Inhalte.

Partei der Zukunft – Die Landtagswahlen der letzten Monate haben uns gezeigt, dass das Parteiensystem in unserem Land im Umbruch ist. Wohin es sich entwickelt, ist unklar. Moderne Demokratie ist ohne Parteien nicht vorstellbar. Sie übernehmen an der Schnittstelle von Staat und Gesellschaft eine wichtige Rolle. Gerade in polarisierten Zeiten braucht es Parteien und engagierte Mitglieder. Aber Parteien müssen sich wandeln und ich bin überzeugt, dass das auch für unsere gilt. In dieser Ausgabe wollen wir hinterfragen, welchen neuen Erwartungen und Anforderungen sich Parteien heute stellen müssen (ab S. 14) – und auch unsere Vorschläge dazu präsentieren. Zum Beispiel wollen wir neue Beteiligungsformen ermöglichen (S. 24) und dafür sorgen, dass Mitglieder neben dem Engagement im KV auch online stärker mitbestimmen können.

Partei ergreifen – Bei uns machen die Mitglieder die Politik, sie treffen wichtige Entscheidungen – anders als in anderen Parteien. Wie über das Spitzenduo und mit Blick auf das Programm, denn auf der BDK werden wir – wie schon auf dem Länderrat – in Workshops über die Projekte zur Bundestagswahl diskutieren.

Jetzt seid ihr am Zug – Die erste Urwahl 2012 war mit einer Beteiligung von rund 61 Prozent ein riesiger Erfolg. Ich würde mich freuen, wenn wir das Ergebnis diesmal überbieten! Wie die Urwahl abläuft, findet ihr auf S. 5. Ich danke allen, die uns bei der Urwahl ehrenamtlich unterstützen, und bin gespannt auf eure Entscheidung – **ihr habt die Wahl!**

Euer Michael



MICHAEL KELLNER
Politischer Geschäftsführer

Das Magazin der Bundestagsfraktion

profil:GRÜN

rans

FAHRPLAN KOHLEAUSSTIEG

GRÜNES LICHT



Pole-Position

Die Welt hat entschieden! Am 4. November tritt der **Pariser Klimavertrag** in Kraft, der vor weniger als einem Jahr ausgehandelt wurde.

Bis heute haben mehr als **74 nationale Parlamente** das Abkommen ratifiziert, nur 55 Unterschriften wären nötig gewesen. Auch die zweite selbstauferlegte Hürde ist genommen – zusammen verantworten alle JA-Sager insgesamt **mehr als 59 %** des weltweiten CO₂-Ausstoßes, mehr als 55 % müssen es sein. Jetzt ist der **Auftrag zum Handeln** erfolgt – und damit mehr als ein guter Start gelingt, braucht es einen starken Antrieb durch **grüne Politik**.



Willkommen

Wer bis zum 4. November grünes Mitglied wurde, kann an der **Urwahl** teilnehmen und über unser Spitzenduo abstimmen. Mehr **politische Teilhabe** motiviert ganz offensichtlich! Unsere **Mitgliederzahlen** haben in den letzten zehn Monaten einen deutlich **größeren Zuwachs** erfahren als es üblich ist – und gerade konnten wir die **60.000** knacken!

DIE KANDIDIERENDEN



Katrin Göring-Eckardt
Fraktionsvorsitzende
im Deutschen Bundestag



Robert Habeck
stellvertretender Ministerpräsident
von Schleswig-Holstein



Toni Hofreiter
Fraktionsvorsitzender im
Deutschen Bundestag



Cem Özdemir
Bundenvorsitzender

Recherche & Text: Hanna Henigin / Fotografie: Wolfgang Stahr

GRÜNE URWAHL

NIMM ZWEI

Katrin und Robert, Toni oder Cem –
wer das grüne Spitzenduo für die **Bundestagswahl 2017** wird,
entscheiden eure Stimmen in der Urwahl

DIE ABSTIMMUNG

WER?

Alle Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die bis zum 4. November 2016 in die Partei eingetreten sind und formal aufgenommen wurden, dürfen abstimmen – auch Mitglieder unter 18 Jahren und Mitglieder, die kein aktives Wahlrecht in Deutschland besitzen. Es gibt keine Mindeststimmenanzahl und keine Mindestbeteiligung. An der letzten Urwahl 2012 haben mehr als 61% der Mitglieder teilgenommen.

WIE?

Jedes stimmberechtigte Mitglied kann bis zu zwei Stimmen vergeben. Die beiden Stimmen dürfen nicht auf zwei Männer fallen und nicht auf eine Person vereint werden. Der gesamte Stimmzettel kann mit „Nein“ oder „Enthaltung“ gekennzeichnet werden, einzelne Bewerber nicht. Die Urwahl erfolgt schriftlich per Brief, eine digitale Abstimmung ist nicht möglich.

WANN?

Ab 2. Dezember 2016 werden Urwahlunterlagen per Post an alle Mitglieder verschickt. Die ausgefüllten Unterlagen müssen bis 13. Januar 2017 in der Bundesgeschäftsstelle oder in dem Postfach eingegangen sein, das auf dem Rückumschlag bezeichnet ist. Adressänderungen bitte bis zum 25. November dem zuständigen Kreisverband mitteilen!

Alle Kreisverbände im Überblick:
gruene.de/vor-ort.html

IHR SOLLT UNS KENNENLERNEN!

Auf Urwahlforen stellen sich alle Kandidierenden den Mitgliedern vor.

**5.11. 2016: Hessen
und Rheinland-Pfalz**
10:30–12:30 Uhr, Alte Lokhalle,
Mombacher Str. 78–80, 55122 Mainz

**6.11. 2016: Sachsen,
Sachsen-Anhalt und Thüringen**
13:30–15:30 Uhr, comcenter Brühl,
Mainzerhofplatz 10, 99084 Erfurt

12.11. 2016: BDK Münster
17:30–19:30, Messe und Congress
Centrum Halle Münsterland,
Albersloher Weg 32, 48155 Münster

**2.12. 2016: Schleswig-Holstein
und Hamburg**
19–21 Uhr, Halle 400, An der Halle 400 1,
24143 Kiel

3.12. 2016: Mecklenburg-Vorpommern
Mehr Info: gruene-mv.de

8.12. 2016: Baden-Württemberg
19:30–21:30 Uhr, Kursaal Bad Cannstatt,
Königsplatz 1, 70372 Stuttgart

11.12. 2016: Saarland
16–18 Uhr, Congresshalle Saarbrücken,
Hafenstraße 12, 66111 Saarbrücken

7.1. 2017: Berlin und Brandenburg
14:30–16:30 Uhr, Kalkscheune,
Johannisstraße 2, 10117 Berlin

Es haben bereits stattgefunden:

**22.10. 2016: Niedersachsen
und Bremen**

29.10. 2016: Bayern

Einige Veranstaltungen werden
per Livestream übertragen.
Informationen: gruene.de/urwahl.

DAS SPITZENDUO

Die Auszählung der Urwahlunterlagen erfolgt unter notarieller Aufsicht ab dem 14. Januar 2017. Das Spitzenduo wird aus einer Frau und einem Mann bestehen. Das Ergebnis der Urwahl ist bindend, auch der Parteitag kann nicht erneut über das Spitzenduo entscheiden.

**Das Ergebnis der Urwahl
wird in der dritten Kalenderwoche
2017 bekannt gegeben.**

DAS TIMING

bis 7. Januar 2017:

Alle Kandidierenden stellen sich persönlich auf Urwahlforen in Deutschland vor

2. Dezember 2016:

die Wahlunterlagen werden per Post an die Mitglieder verschickt

13. Januar 2017:

Einsendeschluss für die
Wahlunterlagen

14. Januar 2017:

Die Auszählung der Stimmen beginnt

3. Kalenderwoche 2017:

Bekanntgabe des Ergebnisses
der Urwahl

DER KONTAKT

Annkathrin Schäfer,
Referentin des Urwahlbüros:
urwahl@gruene.de

KATRIN GÖRING-ECKARDT

Warum Grün: Weil Grün die #lastparty-standing gegen ausgrenzenden Populismus und für das Klima ist. Weil Grün Mut macht. Weil Grün eine Vision für das gute Leben hat. Weil das alles für mich zur Heimat gehört.

Grüne Initialzündung: Tschernobyl 1986. Und das Leben in der Diktatur. Freiheit bedeutet eben sehr viel, wenn man Unfreiheit erlebt hat.

Warum Politik: Damit aus Ideen Wirklichkeit und aus Visionen Zukunft wird. Was Politik erreichen kann, hat sich 1989 mit der friedlichen Revolution gezeigt.

Das glaube ich: Als Christin an die Gnade und die Güte und die Barmherzigkeit und die Freiheit des Menschen. Im Sinne des Apostels Paulus: „Lass dich nicht überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem.“ (Römer 12)

Was mich beeindruckt: 10 Millionen ehrenamtliche Helfer: Da kommen Empathie, Engagement, Verantwortung und Kreativität zusammen. Das sind mehr als die AFD Wähler hat.

Mein persönliches Wahlziel: Ich will, dass wir über uns hinaus wachsen. Zusammen. Eigenständig. Grün.

Das spornt mich an: Am meisten die Nazis, die uns mit Sprechchören, Hassmails und dem ganzen Dreck klein machen wollen.

Vorsitzende der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Im Zuge der friedlichen Revolution trat Katrin (50) 1989 „Demokratie Jetzt“ bei und kam so zu den Grünen. Sie ist seit 1998 Bundestagsabgeordnete und engagiert sich in der Synode der EKD. Die Thüringerin hat zwei Söhne und vier Enkel.

Mein Glück: Das Meer. Meine Enkel. Tom Waits.

Was braucht es für eine bessere Welt? Gutmenschen.

Hier fehlt der Mut: Beim Friedensprozess in und für Syrien.

Meine Hoffnung: Setze ich auf Menschen wie den Journalisten Matthias Thieme. Er hat nach zwei gesunden Kindern eine Tochter mit Trisomie 21 bekommen. Und er schreibt von den Sorgen und Ängsten, die am Anfang einer solchen Diagnose stehen, von den besorgten Reaktionen von Freunden und Bekannten, die er irgendwann nicht mehr aushielt. Anrührend berichtet er, wie schön das Leben mit seiner jüngsten Tochter ist, mit welcher Lebensfreude sie seine Familie bereichert und wie er selbst die Angst um die Zukunft seines Kindes überwunden hat.

Meine Erwartung: Ein fulminanter Wahlkampf mit euch und einem fulminanten Ergebnis, damit wir die Große Koalition ablösen.

Was mich ärgert: Verzagtheit, Missmut, Bequemlichkeit.

Da bin ich unbequem: Wenn es ungerecht zugeht.

Das macht mich neugierig: Die mich kennen, sagen: fast alles.

Mein Grüner Alltag: beginnt mit einer Joggingrunde, den Nachrichten und einer Losung für den Tag.

Mein Anspruch: Mutig sein.

Mein Vorbild: Meine Großmutter. Unter anderem weil sie stolz auf ihre Sommersprossen war und auch sonst sehr selbstbewusst.

Ich schätze an Menschen: Offenheit, Zärtlichkeit, Verlässlichkeit.

Meine Freunde schätzen an mir: Sie können sich auf Sonntagskuchen und selbstgemachte Marmelade verlassen.

Das kann ich besser als meine Mitbewerber: Tanzen.

Das würde ich gern können: Schlagzeug spielen.

Dafür bin ich dankbar: Freiheit.

Lustig: Wenn es auch ein bisschen böse ist: Böhmermann, heute Show, Carolin Kebekus.

Zu Fuß oder Fahrrad? Beides.

Berge oder Meer? Als Thüringerin: Rhön, Ilmtal, Thüringer Wald.

Langschläfer oder Frühaufsteher? Eher früh, nicht immer freiwillig.

Papier oder Tablet? Beides gut.



ROBERT HABECK

Warum Grün: Weil Grün bedeutet, etwas zu wagen.

Grüne Initialzündung: Das war der Gau von Tschernobyl. Das Atomkraftwerk havarierte, als wir in der Schule den „Sommer-nachtstraum“ aufführten. Eine Atom-industrie, die Verliebtsein, Leben, Freiheit und Glück bedrohte, brauchte Wider-stand.

Warum Politik: Weil Widerstand nur der halbe Weg ist: Man muss auch sagen, wie es stattdessen sein soll und wie es gehen kann.

Das glaube ich: Dass wir Menschen in dieser Welt miteinander klarkommen müssen.

Was mich beeindruckt: Zum Beispiel, wenn Leute eine Stromleitung in der Nähe ihres Hauses akzeptieren, weil sie wissen, dass sonst die Nachbargemeinde noch stärker betroffen wäre als sie selbst. Wenn sie also Verantwortung als Bürge-rinnen und Bürger übernehmen und damit über ihre privaten Interessen hin-ausgehen.

Mein persönliches Wahlziel: Dass wir eine Bürgerbewegung entfachen, für Frei-heit, Humanität und Demokratie.

Das spornt mich an: Die Bilder und der Geruch von Schlachthöfen und Mast-ställen und dass das, was da abgeht, im System begründet ist.

Mein Glück: Rasen mähen und Handball gucken.

Was braucht es für eine bessere Welt? Bessere Politik – nicht zwingend bessere Menschen. Das ist die gute Nachricht und der Sinn von Politik: Dass hier Dinge geregelt werden, die zu groß sind für einen Menschen allein.

Minister für Energiewende, Land-wirtschaft, Umwelt und ländliche Räume; stellvertretender Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein. Robert (47) ist verheiratet, hat vier Söhne und lebt in Flensburg. Sein Beruf vor der Politik: Schriftsteller.

Hier fehlt der Mut: Sich mit dem großen Geld anzulegen und eine internationale Finanztransaktionssteuer und eine Mindeststeuer für globale Konzerne ein-zuführen. Genauso, das System der Agrar-subventionen umzukrempeln: Geld, das auch den Bauern hilft, nur noch für Tier-wohl und Umweltschutz zu geben.

Meine Hoffnung: Nach Vaclav Havel „nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht.“

Meine Erwartung: Dass die Leute den Kopf wieder aus dem Sand ziehen.

Das möchte ich an den Grünen ändern: Nicht an, sondern mit: Dass wir keine zer-rissene Partei sind, die – sobald sie etwas ändern will – als Verbotspartei gilt, oder – Gegenbild – als geleckte Firma, die aus Angst nichts mehr anpackt.

Was mich ärgert: Faktisch ärgere ich mich am meisten über mich. Wenn ich nicht sage, was ich denke, oder wenn Lässigkeit zu Lässlichkeit wird.

Da bin ich unbequem: Wenn es sich ande-re bequem machen.

Das macht mich neugierig: Wenn es heißt, das Problem sei zu groß für eine Lösung.

Mein Grüner Alltag: Mein Ministerjob: Bürorunde, Rücksprachen, Kabinettsit-zungen, Bundesrat, Landtag, Umweltaus-schuss, Fraktionssitzung, Fachminister-konferenzen, EU-Kommission, Parteitage, Parteirat, LAGen, Bauerndemos, Netz-ausbaukonferenzen, Naturschutztage etc.

Mein Anspruch: Nicht kneifen, machen.

Mein Vorbild: Einer, der nie Angst und immer Humor hatte: Kurt Tucholsky.

Merkel oder Gabriel? Besser als Seehofer oder Wagenknecht.

Ich schätze an Menschen: Wenn sie zu Fehlern stehen.

Meine Freunde schätzen an mir: Ich hoffe, jeder etwas anderes. Das Besondere an Freundschaften ist, dass sie nicht „copy& paste“ sind. Es sind geteilte Biere, Hand-ball und blöde Sprüche, geliehene Bücher mit Eselsohren, gemeinsame Sätze und Lachen, bevor der Witz beginnt.

Das kann ich besser als meine Mitbewer-ber: Mich in Turnhallen über den Bau von Stromnetzen streiten – und am Ende steht ein Planfeststellungsbeschluss meiner Behörden, der nicht beklagt wird, weil die Konflikte bereits gelöst sind. Also: die Energiewende umsetzen, um ihre Akzep-tanz und ihre Erweiterung ringen. Und sonst: das Erwartbare nicht liefern. Aus konkreter Regierungsverantwortung handeln. Vielleicht: Hemden bügeln.

Das würde ich gern können: Richtig große Wellen reiten.

Dafür bin ich dankbar: Für meine Familie.

Lustig: Die Mode der Achtziger.

Zu Fuß oder Fahrrad? Laufen. Der Schritt gibt den Takt des Denkens.

Berge oder Meer? Kühnheit oder Frei-heit – dann also: Freiheit. Meer.

Langschläfer oder Frühaufsteher? Ich kann beides.

Papier oder Tablet? Tablet habe ich nicht. Papier liebe ich.



TONI HOFREITER

Warum Grün: Weil der Schutz unserer Lebensgrundlagen die Menschheitsfrage des 21. Jahrhunderts ist. Weil die Verteidigung der Bürgerrechte und der Minderheiten eine klare Stimme braucht. Weil es gerechter zugehen soll und nur Grüne dabei immer auch an Frauen und Menschen anderswo auf der Welt denken.

Grüne Initialzündung: Schon früh, im Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf. Ich nehme daraus zwei Dinge mit: Grundlegende Veränderungen sind möglich. Aber man muss dafür auch Widerspruch und Konflikt aushalten.

Warum Politik: Demokratische Politik heißt, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Und nicht der Macht hinterherlaufen. Als jugendlich-bayerischer Anarchist im Lande des Franz Josef Strauß habe ich das gelernt. Politik ist nicht die Herrschaft der Eliten. Es ist das endlose Streben nach Gerechtigkeit.

Das glaube ich: Ich glaub', mein Schwein pfeift. Denn es fühlt sich nach der grünen Agrarwende wohl auf der Wiese.

Was mich beeindruckt: Der Erfindungsdrang des Menschen.

Mein persönliches Wahlziel: Die Chance auf einen Politikwechsel: Ausstieg aus der Kohle, Agrarwende, eine humane Flüchtlingspolitik, die Erneuerung unseres Sozialstaatsversprechens, eine solidarische Europapolitik...

Das spornt mich an: Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen der Klimakrise spürt. Wir sind aber auch die letzte Generation, die etwas dagegen tun kann. Wir haben die Ideen, das Wissen und die Mittel, um das zu schaffen. Weg mit den Blockaden, packen wir's an!

Was braucht es für eine bessere Welt? Die Leidenschaft vieler Menschen, gemeinsam etwas zu erreichen. Den Mut und Durchhaltewillen, sich mit den Profiteuren des Status quo anzulegen. Und die Gelas-

Vorsitzender der Bundestagsfraktion. Der Biologe mit zahlreichen Forschungsreisen in den Tropen ist überzeugter Ökologe und Artenschützer. Seit 1986 ist Toni (46) Mitglied der Grünen und war viele Jahre in der Kommunalpolitik tätig. Wohnort: Unterhaching.

senheit, dass es nur Schritt für Schritt vorgeht.

Hier fehlt der Mut: Bei den Regierungen Europas. Wer die europäische Einigung neu beleben will, muss nationale Interessen und Stimmungslagen auch mal zurückstellen.

Meine Hoffnung: Dass wir es schaffen, durch klare politische Alternativen den Rechtspopulisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. In Deutschland und in Europa.

Meine Erwartung: Dass wir Missstände auch weiterhin deutlich und ohne Weicheisner ansprechen und angehen: die ökologischen Verheerungen unseres Wirtschaftssystems, die soziale Spaltung und die Ungleichverteilung von Chancen, Einkommen und Vermögen, den Rassismus auch in der Mitte unserer Gesellschaft.

Das möchte ich an den Grünen ändern: Ich will nicht Spitzenkandidat werden, um die Grünen zu ändern, sondern um mit den Grünen die Welt zu verändern.

Was mich ärgert: Dass 2016 Sexismus immer noch alltäglich ist. Dass die CSU so klingt wie die AfD. Dass Bauernfunktionäre von moderner Tierhaltung schwafeln und in ihren Ställen die Tiere quälen. Dass Superreiche sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entledigen, während für andere jeder Gang zum Supermarkt zur existenziellen Frage wird.

Da bin ich unbequem: Wenn Einzelne ihre Interessen zu Lasten der Allgemeinheit durchdrücken. Gerechtigkeit ist für mich nicht verhandelbar.

Das macht mich neugierig: Wissenschaft. Ob Tiefseefische, Bioreaktoren oder Quantenmechanik.

Mein Grüner Alltag: Politik machen. Fahrrad fahren. Bio einkaufen.

Mein Anspruch: Nicht bequem werden, sondern weiter die Welt verbessern. Kann man an diesem Anspruch scheitern? Ja! Immer wieder. Aber ich bin nicht zu den Grünen gegangen, um eine Politik zur Bewahrung des Status quo zu machen.

Ich schätze an Menschen: Ihre Mitmenschlichkeit. Wir teilen diesen Planeten.

Meine Freunde schätzen an mir: Die bayrischen: dass ich meinen Dialekt behalten habe. Die preußischen: dass ich ihn im Zaum halten kann.

Das kann ich besser als meine Mitbewerber: Besser oder nicht, werdet ihr beurteilen. Aber unsere Ökothemen sind seit 30 Jahren mein Herzensanliegen. Die mit ihrer ganzen Tragweite, aber auch mit ihren großen Chancen zu erklären, dafür Menschen zu begeistern, das kann ich. Fingerhakeln natürlich auch.

Das würde ich gern können: Italienisch.

Dafür bin ich dankbar: Dass meine Eltern mich und meine Brüder aufs Gymnasium geschickt haben. Als Erste unserer Familie. Nicht jeder muss unbedingt studieren, aber wer will, soll das können. Und wir sollten jeder und jedem davon erzählen, welche Möglichkeiten es in der Welt gibt, und jeder und jedem die Chance geben, sie zu verwirklichen.

Zu Fuß oder Fahrrad? In der Stadt mit dem Fahrrad, in den Bergen zu Fuß.

Berge oder Meer? Von den Bergen aufs Meer schauen und umgekehrt. Wie letzten Sommer in Apulien.

Langschläfer oder Frühaufsteher? Frühaufsteher. Bis die Frisur sitzt, dauert es ein bisschen.



CEM ÖZDEMİR

Warum Grün: Nicht, weil wir die besseren Menschen sind, sondern weil wir die richtigen Ziele haben: konsequente ökologische Modernisierung und ein welt-offenes Deutschland in einem solidari-schen Europa.

Grüne Initialzündung: Als die „Experten“ der anderen Parteien in meiner Heimat-stadt Bad Urach die Bahn erst stillgelegt haben und dann noch die Bahngleise raus-reißen wollten, habe ich als Jugendlicher mit Gleichgesinnten dagegen protestiert. Inzwischen fährt die Bahn wieder, wird hoffentlich bald elektrifiziert und mit ei-nem Halbstundentakt versehen.

Warum Politik: Weil ich manches be-wahren und manches verändern möchte. Da gibt es Meinungsverschiedenheiten. Deshalb will ich überzeugen und mich durchsetzen.

Das glaube ich: Dass Freiheit unser höch-stes Gut ist – und es Solidarität braucht, damit Menschen aus der Freiheit auch etwas machen können.

Was mich beeindruckt: Wenn Menschen zu ihren Überzeugungen stehen und in vielen Ländern für Freiheit, Menschen-rechte und Demokratie sogar ihr Leben riskieren.

Mein persönliches Wahlziel: Ich will es schaffen, dass uns auch viele derer ver-trauen, die jetzt noch skeptisch sind. Nicht jeder, der Grün tickt, wählt uns auch. Da sollten wir uns hinterfragen.

Das spornt mich an: Der Zuspruch auf der Straße. Ich erlebe, dass viele Menschen große Hoffnung in uns setzen. Die will ich erfüllen. Aber auch die Hasskommentare spornen mich an: Hetze und Gewalt wer-den nicht gewinnen!

Mein Glück: Meine Familie.

Was braucht es für eine bessere Welt? Gute Ideen, hin und wieder etwas Mut und viel Durchhaltevermögen.

Mitglied des Deutschen Bundestages und Bundesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. 1981 mit 15 Jahren bei den Grünen einge-treten. Er ist ausgebildeter Erzieher und hat später Sozialpädagogik studiert. Cem ist verheiratet, hat zwei Kinder und lebt in Berlin und Stuttgart.

Hier fehlt der Mut: Mir ist in der Politik selten etwas Absurderes begegnet als die vielen Ausnahmen bei der Mehrwert-steuer. Es geht da um viele Milliarden Euro, die man in Bildung und Infrastruktur investieren könnte.

Meine Hoffnung: Das Gute im Menschen.

Meine Erwartung: Ein Politik- und Stil-wechsel 2017 mit starken Grünen in der Bundesregierung.

Das möchte ich an den Grünen ändern: Mehr Mut, zu wachsen – ohne die lähmen-de Angst, sich untreu zu werden.

Was mich ärgert: Wenn es nicht in erster Linie um die Menschenrechte und ihren Schutz geht, sondern darum, wer gegen sie verstößt. Wie ist es sonst zu erklären, dass der massenhafte Protest ausbleibt ange-sichts der Kriegsverbrechen in Aleppo und anderswo in Syrien? Ich habe gegen den Krieg im Irak und die Lügen von George W. Bush protestiert. Warum gehen jetzt nicht mehr Menschen ebenso vernehmbar gegen Assad und Putin auf die Straße?

Da bin ich unbequem: Wenn es heißt: „Das haben wir aber schon immer so ge-macht.“

Das macht mich neugierig: Verblüffende technische Innovationen, die unser Leben leichter machen.

Mein Grüner Alltag: Lange Sitzungen, manchmal produktiv, manchmal weniger. Zum Glück auch viele spannende Men-schen, die ich in Deutschland und darüber hinaus kennenlernen darf.

Mein Anspruch: Auch Leute zu erreichen, die politisch anders ticken.

Mein Vorbild: Willy Brandt hat uns gezeigt, dass Politik eine Vision braucht und mehr sein sollte als reiner Pragmatismus.

Merkel oder Gabriel? Ich bin schon glücklich verheiratet.

Ich schätze an Menschen: Wenn sie mir offen sagen, was ihnen nicht passt und was ich besser machen kann.

Meine Freunde schätzen an mir: Verlässlichkeit über Distanzen und Zeit.

Das kann ich besser als meine Mit-bewerber: Türkisch.

Das würde ich gern können: Spanisch. Damit ich die Späße verstehe, die meine Frau und unsere Kinder mit mir treiben.

Dafür bin ich dankbar: Je älter ich werde, desto mehr Dankbarkeit spüre ich gegen-über meinen Eltern. Und ich bin froh, dass meine Kinder in einem friedlichen Land groß werden.

Lustig: Stan Laurel und Oliver Hardy. Mein Vater hat sie auch geliebt. Ihr Humor funk-tioniert auch ohne besondere Sprach-kenntnisse.

Zu Fuß oder Fahrrad? Fahrrad, da benutze ich meine Füße ja auch.

Berge oder Meer? Ich bin ein Bergmensch, meine Frau ein Meermensch. Unsere Kinder beides. Also sind Kompromisse im Urlaub gefragt. Tipps willkommen!

Langschläfer oder Frühaufsteher? Frühaufsteher. Dank meiner Kinder.

Papier oder Tablet? Beides. Wenn ich in Eile bin, dann Tablet. Wenn ich mehr Zeit habe, gerne die gute alte Zeitung.





Kollagen: Bildmaterial aus dem Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich Böll Stiftung / Illustration: Gregor Črešnar

MEHR MITGESTALTEN

Schon für ein grünes **Spitzenduo** entschieden? Damit Politik Veränderung schafft, braucht es Menschen, die sich **gemeinsam engagieren**. Parteien bieten uns den Raum dafür. Und Parteien brauchen **Veränderung** – auch die Grünen. Was anders machen? Was bewahren? Was nervt? Wir nehmen die **Urwahl** zum Anlass und lassen **sechs Experten** erklären, was Partei heute ausmacht.



SEBASTIAN U. BUKOW

Dr. Sebastian U. Bukow ist Akademischer Rat a. Z. an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Parteien und Parlamente in Deutschland und Europa, Wahlkämpfe und das Politikfeld Innere Sicherheit. Er ist Sprecher des AK Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft und Research Fellow am Düsseldorfer Institut für Parteienforschung (PRuF).

Sind Parteien besser als ihr Ruf?

Eine allgemeine Parteienverdrossenheit ist gar nicht so verbreitet, vielmehr bewerten Menschen oft Parteien negativ, die sie inhaltlich ablehnen. Es gibt allerdings durchaus Kritik an Parteien. Trotzdem gilt: Parteien sind die zentralen Akteure in der Demokratie – ohne Parteien kann sie nicht funktionieren. Die Frage ist, wie Parteien die ihnen zugedachten Funktionen erfüllen, wie sie organisiert sind und welche Erwartungen an sie gestellt werden. Diese Erwartungen sind oft übertrieben und unrealistisch – das führt zu Enttäuschungen und Parteienverdrossenheit.

Was leisten Parteien für die Gesellschaft und die Demokratie?

Parteien sind die wichtigsten Anbieter im politischen Wettbewerb – sie offerieren Personal und programmatische Angebote. Sie halten den Staat am Laufen und sind partiell der Staat. Sie kontrollieren den Zugang zu den Arenen, in denen verbindliche politische Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden. Am wichtigsten ist heute die Personalrekrutierung. Parteien stellen sowohl exklusiv die vollberuflichen Amtsträgerinnen und Amtsträger auf Landes-, Bundes- und Europaebene, als auch überwiegend die meist ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf lokaler Ebene. Dazu kommen Verwaltungspositio-

nen und so weiter. Die Rolle der Parteien hat sich dabei gewandelt: Viele Funktionen, die eher in die Gesellschaft hineinreichen, sind heute weniger relevant: Die Möglichkeiten der außerparteilichen politischen Beteiligung sind vielfältiger geworden und sogenannte Vorfeldorganisationen haben an Bedeutung verloren. Auch die Rückvermittlung politischer Entscheidungen in die Gesellschaft erfolgt vielschichtiger und direkter als früher, etwa durch Politikerinnen und Politiker selbst und nicht mehr durch die Partei. Das Idealbild der Partei als eine mitgliederbasierte Organisation entspricht nicht mehr der Realität. Der gesellschaftliche Aspekt hat an Bedeutung verloren, die staatsnahen Aufgaben sind wichtiger geworden.

Wofür brauchen Parteien dann noch Mitglieder?

Eigentlich sind Mitglieder nicht unbedingt notwendig, aber von Vorteil: Sie engagieren sich im Wahlkampf, leisten ehrenamtliche

Arbeit und finanzieren die Partei. Etwa 20 bis 35 Prozent der Parteieinnahmen sind Mitgliedsbeiträge. Das ist vor allem für die unteren Parteiebenen wichtig, die Bundesparteien sind überwiegend staatlich finanziert. Eine besondere Rolle spielen Mitglieder bei der Personalrekrutierung. Die Auswahlprozesse sind sehr komplex, da verschiedene informelle Regeln den innerparteilichen Wettbewerb strukturieren und reduzieren. Im Kern bilden Mitglieder den Personalpool und entscheiden zudem darüber, wer für Ämter und Mandate nominiert wird. Eine langjährige Parteimitgliedschaft und die innerparteiliche „Ochsentour“ dienen dabei als Screening-Instrument. Das ist wichtig, schließlich genießen die Amtsträgerinnen und Amtsträger in Parlament und Regierung eine große Freiheit und sind das Machtzentrum der Partei. Außerdem sind Mitglieder für die Legitimation von Parteien elementar. Die hohe Mitgliederzahl einer Partei wird oft mit einer starken gesellschaftlichen Verankerung gleichgesetzt. Dabei wird übersehen, dass eine Parteimitgliedschaft immer die Ausnahme war, nicht die Regel.

Das typische Parteimitglied ist männlich, älter und höher gebildet – sind Parteien noch repräsentativ für Gesellschaft?

Wir haben es mit einem grundsätzlichen Problem zu tun: Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind nicht mehr am politischen Prozess beteiligt – weder in Parteien noch bei Wahlen. Bildung und Einkommen sind ein entscheidendes Kriterium. Wer gesellschaftlich-ökonomisch schlechter gestellt ist, ist politisch häufig außen vor. Auch jüngere Menschen und Frauen sind in Parteien unterrepräsentiert. Das ist natürlich höchst problematisch, weil dann spezifische Anliegen

Grüner Zeitzeuge – Von Anfang an wurde die Sonnenblume auf Wahlplakaten, Handzetteln und Briefbögen eingesetzt. Unklar ist, wann dies zum ersten Mal geschah.

gen nicht mehr so stark berücksichtigt werden. Für die einzelne Partei sieht es anders aus. Parteien waren und sind keineswegs repräsentativ zusammengesetzt, und das ist auch nicht notwendig. Parteien vertreten ja vorrangig die Interessen ihrer Mitglieder und Wähler. Allerdings macht es eine allzu homogene Mitgliederstruktur schwer, gesellschaftliche Interessen in der Breite abzubilden. Hinzu kommt, dass Koalitionsnotwendigkeiten und föderale Kompromisse das Profil der Parteien verschwimmen lassen, obwohl sich Parteien in ihren Programmen deutlich unterscheiden. Insgesamt entsteht so leicht der Eindruck, dass Parteien nur noch bestimmte Interessen vertreten. Das eröffnet populistischen Parteien neue Spielräume.

Und warum wird man heute Parteimitglied?

Die Gründe sind vielfältig. Zumeist besteht der Wunsch, politische Inhalte, Anliegen und Positionen voranzubringen. Daher treten gerade bei Wahlen oder politischen Schlüsselereignissen viele in eine Partei ein – oft einfach, um die Partei zu unterstützen. Das Motiv „politische Karriere“ ist eher selten entscheidend, wird aber wichtiger – genau wie der individuelle Nutzen einer Mitgliedschaft. Auch die Möglichkeit, bei der Personalauswahl und der innerparteilichen Entscheidungsfindung mitwirken zu können, ist ein Beitrittsgrund. Zwar bleibt der tatsächliche Einfluss des Einzelnen moderat, neue Verfahren der innerparteilichen Direktdemokratie bieten aber sicherlich Anreize zur Mitgliedschaft.

Vor welchen Herausforderungen stehen Parteien?

Parteien stehen vor der Herausforderung, dass langfristige Mitgliedschaften insgesamt nicht mehr so gefragt sind. Dazu kommt nach einem Beitritt oft ein Realitätsschock. Politik ist ein langwieriger, kompromissorientierter Prozess und kurzfristige Erfolge sind selten. In vielen

Regionen findet „Partei“ auch gar nicht mehr statt, weil es einfach gar keinen Ortsverein mehr gibt, in dem ein Neumitglied aktiv werden könnte – oder das Durchschnittsalter ist abschreckend hoch. Natürlich versuchen alle Parteien, als Mitgliederorganisation attraktiv zu bleiben. Darauf zielt beispielsweise die Ausweitung direktdemokratischer Elemente, durch die das einfache Mitglied – ebenso wie übrigens die Parteiführung – gestärkt wird. Dadurch verliert jedoch die „mittlere Funktionärsenebene“ an Einfluss, da ihr Entscheidungskompetenzen entzogen werden. Gerade diese Funktionärsenebene ist aber für die Vitalität einer vereinsartigen Parteiorganisation wichtig und der Einflussverlust kann sich negativ auf ihr Engagement auswirken. Hier ist unbedingt auf eine gute Balance zu achten. Es gibt noch ein weiteres Problem: Parteien sind in ihrer Ausrichtung ortsgebunden. Jeder Umzug erschwert die Mitarbeit und den innerparteilichen Aufstieg. Gerade Parteien mit einer stark akademisch geprägten und dadurch eher mobilen Mitgliedschaft stellt das vor Herausforderungen. Ganz typisch ist etwa der Umzug junger Parteimitglieder vor, während und nach dem Studium. Diese Ortswechsel erfolgen zu einem für politische Karrieren kritischen Zeitpunkt – wer privat oder beruflich mobil ist, hat dadurch schlechtere innerparteiliche Aufstiegschancen. Der innerparteiliche Wettbewerb wird verzerrt. Neben diesen organisatorischen Fragen müssen Parteien auch inhaltliche Aufgaben angehen. Vor allem müssen sie Politik in einer immer komplexeren Gesamtsituation überzeugend vermitteln. Das ist kein einfaches Unterfangen. Bei allen Schwierigkeiten ist jedoch sicher, dass Parteien auch künftig im politischen Prozess unverzichtbar sein werden.

Gerade bei Wahlen oder politischen Schlüsselereignissen treten viele Menschen in eine Partei ein – oft einfach, um sie zu unterstützen.

Die Welt verbessern – was sonst?
Schließlich haben wir keinen Planet B.
Und die Erde von unseren Kindern
nur geborgt. Echte Evergreens!

MEHR MITWIRKEN

Gleichberechtigung der Geschlechter? Haben wir Grünen in Partei- struktur und Parteikultur tief verankert. Sandra Hildebrandt über Mindestquotierung, Mentoring und die Strahlkraft weiblicher Vorbilder.

Protokoll: Julia Rothhaas

Seit 2007 setze ich mich immer wieder mit der Frauenpolitik der Grünen auseinander. Zunächst als Forschungsgegenstand als Studierende, später als Mitarbeiterin und aktives Mitglied. Das hat in diesen fast zehn Jahren viel mit mir gemacht. Ich kannte zuvor keine Organisation, in der Frauen so explizit in die Verantwortung genommen werden. Dass wir hier gleichberechtigt Politik machen können, hat mich an vielen Stellen in meinem politischen Leben bestärkt – obwohl ich auch weiß, dass es nicht überall gleich gut funktioniert.

Die Mindestquotierung in der Partei sorgt dafür, dass beide Geschlechter in Gremien gleichberechtigt vertreten sind. Bei der Bundesdelegiertenkonferenz zum Beispiel können Männer und Frauen ihren Redewunsch in je eine Frauen- oder Männerbox werfen, aus denen dann abwechselnd Kandidaten aufgerufen werden, die zum Thema Stellung nehmen möchten. Wir gehen davon aus, dass alle an jedem Thema Interesse haben und die inhaltliche Ausrichtung mitbestimmen wollen. Weil es traditionell eher ein dominantes Redeverhalten von Männern gibt, wollen wir das durch diese

Regelung aufbrechen und somit Gleichberechtigung ermöglichen.

Frauen sind bei den Grünen sehr sichtbar und können damit Vorbilder für andere sein. Wenn ich zum Beispiel Claudia Roth auf einer Veranstaltung sprechen höre, motiviert mich das immer, weiter Politik zu machen. Damit bekommt die Struktur eine Strahlkraft auf weibliche Mitglieder, sich ebenfalls zu beteiligen. Das ist total wichtig.

Neben der Tatsache, dass Frauen bei uns an den entscheidenden Stellen zu finden sind, spielen Mentoring-Programme eine große Rolle. Sie ermutigen uns, überhaupt einen Schritt weiterzugehen und herauszufinden, auf was sie hinarbeiten wollen. Doch neben den Programmen für Einsteigerinnen fände ich es gut, wenn man eine ähnliche Hilfestellung auf der nächsten, professionellen Ebene bekäme. Ich hätte mir manchmal gewünscht, jemanden mit viel Erfahrung an meiner Seite zu haben, um bestimmte Fragen für mich klären zu können.

Die Grünen sind nicht die besseren Menschen, aber sie haben definitiv die besseren Strukturen. Würden sie wegfallen, würde es sich deutlich zum Schlechteren entwickeln. Wenn jemand sagt „Da sind wir doch längst weiter!“, glaube ich ihm nicht. Frauen würden auch bei uns mit der Zeit wieder schlechter gestellt werden. Ich sehe die Quote als Chance, damit sich Frauen selbstbestimmt aussuchen können, wie sie in unserer Partei mitwirken möchten.

Natürlich klappt die Förderung von Frauen auch bei uns nicht immer problemlos. Es gibt etwa Landes- oder Bezirksverbände, die nicht so viel

Man muss schon darauf achten, so eine Struktur dauerhaft mit Leben zu füllen und Frauen aktiv anzusprechen, sie zu ermutigen und zu unterstützen in den Fragen, die sie haben.

Wert auf die Quote legen. Die merken erst in dem Moment, in dem sie die Quote umsetzen müssen: Oh, wir haben gar keine Frau! Man muss schon darauf achten, so eine Struktur dauerhaft mit Leben zu füllen und Frauen aktiv anzusprechen, sie zu ermutigen und zu unterstützen in den Fragen, die sie haben. Dass die Mindestquotierung nicht eingehalten wird, kann mitunter auch daran liegen, dass sich keine Frau für einen Listenplatz meldet und deswegen ein Mann bevorzugt wird. Die Frage ist aber: Wie ist es dazu gekommen? Hat man derjenigen mit Ambitionen vielleicht zu verstehen gegeben, dass der männliche Kandidat besser geeignet wäre für den Job? Und traut sie sich deswegen nicht, weil sie nicht im Weg stehen will?

Obwohl ich mit unseren Vorgaben in Sachen Frauenförderung sehr zufrieden bin, wünsche ich mir, dass die Arbeit der Frauen noch sichtbarer wird. Insgesamt gibt es in Parteien keine große Kultur des Anerkennens und des Bedankens. Gerade Frauen stellen sich mit ihrem Erfolg nicht so dar wie Männer das manchmal tun, wenn sie etwas erreicht haben – obwohl das dann der richtige Zeitpunkt wäre. In einer Partei braucht man einen langen Atem. Es gibt viele Rückschritte. Deswegen darf man nicht vergessen, sich ab und zu gegenseitig zu loben.



SANDRA HILDEBRANDT

Sandra Hildebrandt ist Büroleiterin der Bundestagsabgeordneten Doris Wagner und zudem Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauenpolitik. Nach ihrem Studium „Gender and Work“ in Hamburg begann sie, als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag zu arbeiten.

MEHR GELASSENHEIT

Angst vor Fremden, Angst vor Terror und Angst vor denen, die gerade in unserem Land genau diese Ängste instrumentalisieren. Hanno Burmester plädiert für einen vernünftigen Umgang mit unseren Emotionen – und für langfristige Demokratietarbeit.

Warum haben Sie sich mit Angst und Politik beschäftigt? Das geht lange zurück. Mein erster Job in der Politik war die Mitarbeit in einem Untersuchungsausschuss, der die Verschleppung von Menschen durch die CIA begutachtet hat – und die Frage, inwiefern die deutsche Regierung daran beteiligt war. Damals war ich immer wieder mit der Haltung konfrontiert: „Nach dem 11. September hatten alle so eine Angst, das war eine Ausnahme-situation und deswegen haben wir bei ein paar Sachen zugeschaut, die nicht ok waren.“ Das war eine tiefgreifende politische Erfahrung für mich. Ich habe gesehen, wie sehr Angst Grenzen verschieben kann, Grenzen des Akzeptablen, Grenzen des Machbaren.

Welche Rolle spielt momentan die Angst in der Politik? Gerade wird in der Politik angenommen, dass Angst vor Terroranschlägen die Menschen beschäftigt. Wir hatten den heftigen Terroranschlag in Nizza. Dann Ansbach und Würzburg. Es gibt die Angst vor Isis. Deshalb kippt die Politik in einen Zustand des vorauseilenden Gehorsams und fordert, gerade im Vorwahlkampf, lauter Dinge, die diese angebliche Angst besänftigen sollen: Einsatz der Bundeswehr im Inneren, mehr Geld für die Geheimdienste, mehr Rechte für die Sicherheitsapparate, mehr Informationsaustausch mit dem Ausland und so weiter. Man glaubt, man könnte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Erstens werden politische Forderungen umgesetzt, die schon Jahre in der Schublade liegen. Zweitens sagen die Leute: „Endlich kümmert sich jemand.“

Ist das verwerflich? Wenn Sie mit zuständigen Politikern sprechen, verstehen Sie schnell, dass keine der neuen Maßnahmen mehr Sicherheit garantieren kann. Der Terrorismus ist eine komplexe Herausforderung. Da hilft es wenig linear Mittel für die Sicherheitsbehörden zu erhöhen. Aus meiner Sicht müssen wir deshalb innehalten und uns fragen, ob es nicht produktivere Wege gibt mit unserer Angst umzugehen.

Aber seit Anfang des Jahres, seit den Geschehnissen in Köln, lassen wir uns von der Angst treiben. Wir machen die Dinge, vor denen wir Angst haben, immer größer, wir blasen sie auf, wir jazzen die Angst in uns hoch. Zum Beispiel haben letztes Jahr alle Demoskopen nach Willkommenskultur gefragt, dieses Jahr fragen sie nach der Angst. Wenn man aber immer näher an die Angst herantritt, wird die Emotion auch immer größer. Und sie bleibt in uns, gesellschaftlich wie persönlich. Das ist ein unreifer Umgang.

Wie sieht der reife Umgang mit Angst aus? Ich nehme die Angst war, ich trete einen Schritt zurück und sage: „Ok, ich habe Angst.“ Und überlege: „Ist die Angst berechtigt? Welche Art des Umgangs mit der Angst wäre jetzt eine gute? Wie kann ich gelassen bleiben, anstatt mich von der Emotion Angst in Geiselhaft nehmen zu lassen?“

Wie kann die Politik Gelassenheit vermitteln? Die Politiker könnten sagen: „Wir sehen, dass die Welt um uns herum brennt und wir sehen, dass wir es mit den Konsequenzen zu tun bekommen. Wir wissen: Wir können die totale Sicherheit nicht garantieren, es gehört ein Stück Unsicherheit dazu, wenn wir in Freiheit leben wollen. Aber wir werden alles tun, um uns so sicher wie möglich zu halten – ohne die Angst in der Bevölkerung ständig zu verstärken.“ Dazu finde ich es richtig, die Bedrohung in ein Verhältnis zu rücken. Es ist wahrscheinlicher, dass ich tödlich verunglücke, wenn ich aufs Fahr-

„Wenn wir als Einzelne einen reifen Umgang mit unseren Emotionen lernen können, dann können wir auch als Kollektiv einen anderen Umgang mit der Angst lernen.“

„Lieber Sonne als Reagan“ – wir erinnern uns. Plakativ, intelligent, anders – die Zuspitzung politischer Botschaften prägt bis heute unsere Kampagnen. Und gehört zum kollektiven grünen Gedächtnis.

rad steige und ins Büro fahre, als dass mich in meinem Leben ein Terroranschlag trifft. Momentan ist das so. Deshalb kann ich sogar fragen, ob die Politik in der Sicherheitsdebatte verantwortliche Prioritäten setzt. Salopp gesagt: Produzieren Verkehr, Krankheit, schlechte Bildung nicht viel mehr Unsicherheit als Terror?

Reicht das, um den Menschen das Gefühl zu geben, dass man ihre Angst ernst nimmt? „Den Menschen und seine Angst Ernst nehmen“ ist ein typischer Satz von Politikern und Journalisten. Ich glaub nicht, dass man Angst ernst nehmen muss. Man muss nicht vor ihr einknicken oder sich von ihr treiben lassen. Angst ist erst mal nur ein informatives Gefühl. Es sagt mir nur, worauf ich schauen sollte, um zu sehen, ob etwas für mich eine Gefahr darstellt. Wir haben als Menschen im Umgang mit Angst drei Urreaktionsmuster, das sogenannte „Fight-Flight-Freeze-System“. Ich kämpfe, ich fliehe oder ich stelle mich tot. Aber wir dürfen nicht vergessen: Wir haben auch die Möglichkeit, einen anderen Umgang mit diesem Gefühl zu lernen. Den gelassenen Umgang. Es gibt Jahrtausende alte Kulturtechniken, die uns das beibringen. Achtsamkeitsmeditationen zum Beispiel. Wenn wir als Einzelne einen reifen Umgang mit unseren Emotionen lernen können, dann können wir auch als Kollektiv einen anderen Umgang mit der Angst lernen. Wieso blenden wir das in politischen Debatten völlig aus? Gerade wird nicht nur Angst vor dem Terror beobachtet, sondern auch die Angst vor dem Fremden. Zum Beispiel vor dem Islam.

Interview: Julia Decker



Kann man der Angst vor dem Fremden auch mit Vernunft begegnen? Ist das wirklich Angst? Ich denke, es hat eher mit fundamentaler Ausländerfeindlichkeit zu tun, die es in Teilen unserer Gesellschaft zweifellos gibt. Und diese negativen Emotionen liegen nicht in Angst begründet, sondern in einer Verunsicherung der eigenen Identität.

Landläufig wird aber von Angst vor Flüchtlingen gesprochen. Ja, und das nimmt in vielen Fällen die Täter in Schutz. Ich finde das inakzeptabel. Dazu kommt: Wenn wir im Zusammenhang mit Ausländern und Flüchtlingen über Angst reden, dann meinen wir eigentlich die Angst um den eigenen sozialen und ökonomischen Status. Wenn man eine knappe Million Flüchtlinge ins Land lässt, verunsichert das. Aber die große Anzahl von Flüchtlingen wäre kein Problem, wenn die Deutschen sicher wären, dass ihr sozialer und ökonomischer Status außer Frage steht. Aber leider erodiert der soziale Status seit vielen Jahren für Millionen Menschen in Deutschland. Diese Menschen fürchten, dass durch die Zuwanderung ihr persönliches Leben noch schlechter wird. Das Problem sind nicht die Fremden, sondern dass die deutsche Politik das Verfestigen der Armut zulässt. **Populisten schüren nicht nur die Angst, sie machen einem auch Angst. Wie ist denn mit der Angst vor den Menschen, die auf Pegida-Demonstrationen marschieren, umzugehen?** Gelassen und trotzdem: klare Kante. Gerade trennen sich die Lager zwischen Anhängern der liberalen Demokratie und den Anhängern der illiberalen Demokratie. Dieser Kulturkampf wird in den nächsten Jahren an Schärfe zunehmen. In Deutschland können wir uns, wie seit Jahrzehnten, weiter in die Tasche lügen, was die hässliche Hälfte unseres Gesichtes angeht. Die Kultur dieses Landes ist vergiftet mit Ausländerfeindlichkeit und Menschenhass auf einem erschreckenden Niveau. Wenn wir weiter so tun, als wäre alles fein und weltoffen, und nur schauen, dass die Illiberalen politisch nicht an die Macht kommen, machen wir uns alle etwas vor. Wir müssen jetzt kämpfen, und zwar absehbar noch über Generationen hin.

Wäre in dieser Auseinandersetzung auch Gelassenheit ein angemessenes Mittel? Klar. Wie soll mir Panik hier weiterhelfen? Und wir brauchen langfristige Demokratiearbeit. Es geht letztendlich

um das Bildungssystem. Wir müssen Kinder auf die andere Seite ziehen und Schadensbegrenzung betreiben. Letztes Jahr hatten wir dieses Bild von uns: Wir sind das tolerante, nette Deutschland, alles ist super und offen. Und jetzt sehen wir eine andere Seite – die dunkle – und verfallen in Schockstarre. Ich denke, die Identität dieses Landes ist zwischen zwei Polen zerrissen. Zwischen denen, die sagen „Wir wollen das liberale vielfältige Deutschland“ und den anderen, die sagen: „Wir wollen das homogene, rassistisch reine Deutschland“. Diese Zerrissenheit müssen wir jetzt anerkennen und dann Stück für Stück neu aushandeln.

Könnte man zusammenfassend sagen, dass man versuchen sollte psychologisch oder emotional motivierte Handlungen aus der Politik herauszuhalten? Das wird nicht gelingen. Politik ist zutiefst menschlich, und das ist wichtig anzuerkennen. Ein Beispiel: Zukunftsinvestitionen passieren meist aus individualpsychologischen Erwägungen heraus nicht. Einzelne Politiker haben Angst vor dem persönlichen Machtverlust und tun deswegen Dinge, die auf das kurzfristige Konto einzahlen, aber das Land langfristig nicht nach vorne bringen. In der Summe ergibt sich so ein Festhalten am Status quo, vor allem aus kurzfristigen Verlustängsten und Gewinnhoffnungen heraus. Aber dennoch ist die repräsentative Demokratie ein gutes Mittel um nachhaltige Zukunftsentscheidungen zu treffen, auch wenn diese kurzfristig nicht goutiert werden. Eine direkte Demokratie ist viel anfälliger für Fehlentscheidungen, die von Emotionen wie zum Beispiel von Angst motiviert sind. Genau deshalb brauchen wir eine repräsentative Demokratie.



HANNO BURMESTER

Hanno Burmester ist Policy Fellow im Progressiven Zentrum und beschäftigt sich dort mit dem Themenfeld Zukunft der Demokratie. Er arbeitet von Berlin aus als Organisationsentwickler in ganz Europa. Vor seiner Selbstständigkeit hat er für mehrere bundespolitische Institutionen gearbeitet und war als investigativer Journalist tätig.

den

rech

U EN

r ein E
ne Aton

sammlung
ember 1991

en

e Pol
990-15 90

MEHR WARUM WAGEN

Einen frischen Blick auf politische Gewohnheiten werfen, Althergebrachtes zur Diskussion stellen. Acht Positionen von Jamila Schäfer, die es nervt...

...wenn Wahlplakate so aussehen wie eine schlechtere Version des neuen IKEA-Katalogs.

Wohlfühlwahlkampf birgt die Gefahr, dass sich Leute mit ihren Problemen nicht ernst genommen fühlen. Obwohl das allgemeine Interesse an Politik wieder steigt, besteht immer noch wenig Vertrauen in das Problem-bewusstsein von Politikerinnen und Politikern: Laut der 17. Shell-Jugendstudie stimmen 69 Prozent der Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren der Aussage „Politiker kümmern sich nicht darum, was Leute wie ich denken“ zu. Offenbar müssen sich alle Parteien mehr Mühe dabei geben, ein Bewusstsein für die Lebensrealität und die alltäglichen Probleme der Einzelnen zu signalisieren und hierfür verständliche Lösungen anzubieten. Sie werden ja schließlich dafür gewählt, die Welt schön zu machen statt schön zu reden.

...wenn nach der Wahl das Gegenteil von dem passiert, was vorher versprochen wurde.

Parteien sollten nur versprechen, wofür sie auch wirklich kämpfen wollen. Selbstverständlich eigentlich – oder?

...wenn Karriere wichtiger ist, als verantwortungsbewusste Entscheidungen zu treffen.

Laut dem Forschungsbericht der Stiftung für Zukunftsfragen von 2015 ist das Vertrauen in das politische Personal auf einem neuen Tiefpunkt. 87 Prozent der Befragten stimmen folgender Aussage zu: „Politiker werden weiter an Zustimmung verlieren.“ Gründe dafür seien ein fast vollständig verloren gegangener persönlicher Bezug zu Politikerinnen und Politikern und das Gefühl, es gehe ihnen mehr um eigene Inszenierungen und Interessen als um die Lösung von Problemen. Das müssen wir ändern!

Grüne Geschichte? „DIE GRÜNEN sind die grundlegende Alternative zu den herkömmlichen Parteien,“ steht in der Gründungssatzung von 1980.

...wenn man bei Parteiveranstaltungen das Gefühl hat, man sei im 50+ Debattierclub gelandet.

Das Durchschnittsalter deutscher Parteimitglieder liegt laut einer Studie zwischen 50 und 60 Jahren. Die Grünen haben zwar mit 50 Jahren die durchschnittlich jüngsten Mitglieder, liegen damit aber immer noch über dem Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung von 44,2 Jahren. Ein Grund dafür ist natürlich, dass der Eintritt in eine Partei, anders als früher, nicht mehr aus der eigenen sozialen Position hervorgeht. Weil zum Beispiel die politische Anbindung der sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen an die dem linken Spektrum zugeordneten Parteien verloren gegangen ist. Dazu kommt eine voranschreitende Individualisierung. In der Folge sinkt die Bereitschaft, sich auf Dauer an eine politische Partei zu binden. Die Prekarisierung und Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen sowie eine durch Wettbewerb geprägte Arbeitswelt verstärken Tendenzen der Individualisierung und begrenzen die Möglichkeiten für ehrenamtliches, also auch parteipolitisches Engagement. Außer zu überlegen, wie Parteien ihr verstaubtes Image loswerden können, sollten wir auch politisch die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass Leuten trotz Erwerbsarbeit, Ausbildung, Schule und Studium ehrenamtliches (partei-)politisches Engagement möglich ist.

...wenn man erst eine Chance auf politische Mitbestimmung hat, nachdem man fünf Jahre Plakate geklebt hat.

Solche Verhältnisse steigern natürlich nicht die Motivation für junge Menschen, sich in Parteien zu engagieren. Bei den Grünen existieren durch das basisdemokratische Grundverständnis und die bessere Einbindung jüngerer Menschen in politische Gremien, Ämter und Prozesse mehr Beteiligungsmöglichkeiten als in anderen Parteien. Trotzdem könnte noch gezielter Förderung und Einbindung von jungen Menschen stattfinden. Auch wenn das für Alteingessene heißen kann, mal zurückzustecken.

...wenn Maßnahmen zur Frauenförderung wie zum Beispiel die Quote mit dem Argument ausgehebelt werden, dass es zu wenig Frauen in der Partei gibt.

Frauen sind in Parteien immer noch unterrepräsentiert. Selbst bei uns Grünen liegt der Frauenanteil unter den Mitgliedern nur bei etwa 38 Prozent. Bei den anderen Parteien sind Frauen noch weniger vertreten. Das Grüne Frauenstatut wirkt dem entgegen und sorgt dafür, dass Frauen trotz der patriarchalen Strukturen in unserer Gesellschaft in der Partei besser repräsentiert sind. Das macht die Partei für Frauen attraktiv. Wir sollten frauenfördernde Maßnahmen erst abschaffen, wenn sie wirklich nicht mehr gebraucht werden. Bis dahin haben wir aber noch einen weiten Weg vor uns.

...wenn Fehlentscheidungen solange schön geredet werden, bis es niemand mehr glaubt.

Wenn der Wahlkampf in der TV-Runde gelobt wird, auch wenn alle wissen, dass er gescheitert ist, wirkt das wenig überzeugend. Zu einer ehrlichen Kommunikation gehört es, Fehler eingestehen zu können. So kann Vertrauen zurückgewonnen werden.

...wenn der Social-Media-Auftritt so cool ist, wie Onkel Otto in der Midlife Crisis.

Es ist einfach nur peinlich, wenn man zu viel dafür tut, sich selbst als „cool und hip“ zu inszenieren.



JAMILA SCHÄFER

Jamila Schäfer ist seit Oktober 2015 Bundessprecherin Grüne Jugend und Mitglied des Kreisverbandes München. Feminismus, Asyl- und Sozialpolitik sind ihre Schwerpunktthemen. Sie studiert Soziologie und Philosophie in Frankfurt. Und twittert als @jamila_anna.

MEHR FLEXIBILITÄT

Die **Verknüpfung von Off- und Online** wird in unserem Leben immer selbstverständlicher. Jessica Dedic über **strukturelle Innovationen** und ihren Einfluss auf eine moderne **Parteikultur**.

Welche Chancen bietet die Digitalisierung für die Parteien? Die Digitalisierung ermöglicht – sofern sie sinnvoll eingesetzt wird – vielen Menschen eine Teilhabe. Und diese Teilhabe kann dazu führen, Strukturen zu verändern. Sie bietet eine Möglichkeit neue Prozesse auch „bottom-up“, also von der Basis aus, zu gestalten.

Kann es durch neue Strukturen auch zu einer neuen Parteikultur kommen? Die Kultur einer Partei setzt sich aus vielen Faktoren zusammen und ist oft nicht einfach zu beschreiben oder zu verändern. Durch die Digitalisierung kann der Prozess der Veränderung einer Partei beschleunigt werden. Die größte Chance liegt jedoch darin, die Parteien flexibler zu machen, weil sie Mitgliedern orts- und zeitunabhängig neue Formate der Teilhabe bieten können.

Warum ist die Ortsunabhängigkeit von so großer Bedeutung? Es ist keine Neuigkeit, dass Parteien gerade Mitglieder verlieren. Der Trend geht weg von dieser sehr statischen Institution. Die junge Generation ist nicht mehr so stark ortsgebunden bzw. oft unterwegs. Auf Reisen, durch die Arbeit oder auch im Studium. Durch die Digitalisierung kann man sich auch aus der Ferne an Diskussionen beteiligen oder inhaltliche Impulse setzen. Auch, weil der Zeitpunkt der Beteiligung selbst gewählt werden kann.

Digitale Themen wie Datenschutz oder New Economy zum Beispiel spielen in den Parteiprogrammen eine Rolle, die eigene digitale Infrastruktur steckt aber noch in den Kinderschuhen. Haben die Parteien bisher etwas verschlafen? Die Parteien erkennen die Bedeutung der Digitalisierung für die Gesellschaft. Und häufig auch für sich. Allerdings tun sich Parteien schwer, die Umsetzung auch für die eigene Parteikultur zu nutzen. Und bis neue Formate in der Kommunikation akzeptiert werden und sich auch durchsetzen, braucht es Zeit.

Ist Zeit wirklich der einzige Grund? Die Erkenntnis, dass man im Bezug auf Digitalisierung etwas tun muss, kann erst mal sehr abstrakt sein. Man kann sagen: „Das hat eine Bedeutung und das ist wichtig“, aber man macht sich keine Gedanken darum, wie sich das in die Praxis umsetzen lässt, was der ganz konkrete Nutzen ist. Den herauszuarbeiten ist wichtig. Und dieser Nutzen unterscheidet sich dann auch noch zwischen dem für die Führungsebene und dem für die einzelnen Mitglieder. Das ist ein sehr langer kognitiver Prozess, durch den eine Partei laufen muss. Nur wenn man den Vorteil auch spürt auf emotionaler Ebene – und nicht nur weiß, das ist das Richtige für uns – dann kommt es auch zu einer Umsetzung.

Wenn zum Beispiel auf Foren oder durch Abstimmungs-Tools jeder Feedback geben kann, würde die Meinung der Basis auch für den Parteivorstand transparenter. Welche Herausforderungen und Hindernisse gibt es da zu beachten? Die Frage ist immer, wie viel Feedback verträgt eine Partei? Oder anders: Wie viel Feedback verträgt der einzelne Mensch? Einfach weil jeder Mensch dazu tendiert, auf Feedback zu reagieren. Das verlangt aber Zeit, um Themen zu durchdenken und zu strukturieren. Ich glaube auch, dass Feedback an be-

stimmten Punkten sehr wichtig ist. Auf der anderen Seite: Wenn alles transparent ist und jeder seine Meinung wieder zurück gibt, ist das ein Input, der kaum bearbeitet werden kann. Es gibt ja nicht umsonst Vorstandswahlen. Manchmal muss man zwei Jahre in Ruhe an etwas arbeiten können, um das Ergebnis in der Gesamtheit zu bewerten. Ein permanenter Feedbackprozess kann da störend wirken.

Ziel einer Digitalisierung wäre aber ja schon eine Zunahme und Vereinfachung der Beteiligung. Die steigende Zahl der Beiträge bei einer Diskussion bedeutet aber nicht gleich auch eine Steigerung der Qualität. Absolut nicht. Allerdings bedeuten wenige Beiträge auch nicht unbedingt hohe Qualität. In beiden Fällen ist der Moderations- und Kommunikationsprozess wichtiger als das Instrument, mit dem die Beiträge eingeholt werden.

Und wie kann eine Moderation gelingen? Indem sich jemand verantwortlich fühlt, zu entscheiden, welche Mittel für welchen Zweck eingesetzt werden. Conference Calls im Ortsverband einzurichten zum Beispiel, ist ein Schritt in Richtung Digitalisierung. Der große Vorteil wäre, dass die Präsenzpflicht bei Sitzungen entfällt. Aber das Problem ist, dass viele Mitglieder trotzdem nicht motiviert sind, teilzunehmen, weil nicht klar ist, welche Themen genau besprochen werden oder was das Ziel einer bestimmten Besprechung ist. Das wären Fragen, die vor einer Zusammenkunft geklärt sein müssen – von einer Person die für die Moderation verantwortlich ist.

Im Netz bleibt der Anstand oft auf der Strecke. Kann man digital ernsthaft debattieren? Digitale Debatten sind in der Tat schwierig. Man darf nicht unterschätzen, dass das Gespräch von Angesicht zu Angesicht auch einen gewissen Mut erfordert, wenn man zum Beispiel Kritik übt. Aber die digitale Debatte bietet die Chance, dass sich mehr Menschen äußern und auch der soziale Druck, etwas Unerwünschtes zu verschweigen, entfällt. Im besten Fall entsteht eine ehrliche und dennoch respektvolle Debatte.

Der Mangel an persönlichem Kontakt ist einer der stärksten Kritikpunkte am digitalen Austausch. Eine der wichtigsten Aspekte von Parteikultur ist Gemeinschaft und Zusammenhalt. Insofern kann Digitalisierung nie das Mensch zu Mensch ersetzen. Es geht eher darum, bestimmte Prozesse zu vereinfachen und attraktive Angebote zu schaffen, um möglichst vielen Mitgliedern die Teilhabe zu erleichtern. Gemeinschaft

kann zwar auch online entstehen, allerdings wird ein Großteil der Aktivitäten in Parteien immer noch face to face erfolgen.

Wie schließt man ältere Menschen bei den neuen Kommunikationsformen mit ein? Das ist sehr schwierig und das wird in weiten Teilen nicht gelingen. Deshalb wird das digitale Angebote meist eine Erweiterung der Kommunikationsmöglichkeiten bleiben und erst mit der Zeit einen größeren Raum einnehmen.

Kann eine Partei ihre Inhalte auch in der Kürze eines Tweets glaubhaft und tiefgreifend vermitteln? Tiefgreifend meist nicht, allerdings ist Twitter dazu auch nicht unbedingt das Instrument. Mit Sicherheit kann es aber dabei helfen, Aufmerksamkeit auf ein Thema und die Partei zu lenken – und die Menschen anregen, sich weiter mit einem Thema auseinanderzusetzen.

Warum ist die Digitalisierung für Parteien der entscheidende Zukunftstrend und nicht nur eine hippe, momentane Erscheinung?

In allen Lebensbereichen werden sich Sprache und Kommunikation durch die Digitalisierung weiter verändern und damit auch unsere Gesellschaft beeinflussen. Dem müssen die Parteien sich stellen. Wenn zum Beispiel über eine App etwas gevotet wurde und man eine kleine Nachricht bekommt, dass die Stimme auch angekommen ist, hat das eine positive psychologische Wirkung. Aber wenn zu oft generalisierte Mails vom Parteivorstand kommen, wirkt das nicht mehr motivierend. Um authentisch zu bleiben, muss man sich auch innerhalb der Partei bei der Verwendung von Mitteln, auch den digitalen, fragen: Warum machen wir das? Etwas nur zu tun, weil es andere machen, bringt gar nichts. Die Menschen merken schnell, wenn etwas aufgesetzt ist.



JESSICA DEDIC

Jessica Dedic leitet das Büro für Internationale An-
gelegenheiten der Landes-
hauptstadt Düsseldorf.
Sie ist Mitautorin der Studie
„Die Partei 2025. Impulse
für zukunftsfähige politische
Parteien“, herausgegeben
unter anderem vom
Progressiven Zentrum und
der Heinrich Böll Stiftung.

Neuerscheinung



Die große Verunsicherung

Die Krise der liberalen Moderne

Böll.Thema 2/2016

Die große Verunsicherung

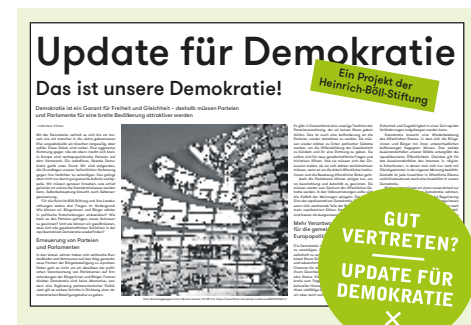
Die Krise der liberalen Moderne

Berlin, September 2016, 40 Seiten

Teile der Bevölkerung revoltieren gegen den liberalen Grundkonsens: Offenheit für Einwanderer, kulturelle Vielfalt, religiöse Toleranz, Freihandel. Was ist schief gelaufen mit der Globalisierung? Weshalb nimmt die Abstiegs-
panik zu? Wie können Parteien und Parlamente verloren gegangenes Vertrauen zurückerobern und vor allem: wie gewinnen wir die Zuversicht zurück, dass wir die Dinge gestalten können, statt ihnen ausgeliefert zu sein?

Download und Bestellung unter:

boell.de/thema



Es ist an der Zeit, Freiheit und Demokratie gegen ihre Verächter zu verteidigen. Deshalb sucht die Heinrich-Böll-Stiftung mit ihren Landesstiftungen nach Wegen für eine Stärkung der Demokratie durch ein «Update».

Artikel, Interviews, Studien und Policy Paper finden Sie unter: gutvertreten.boell.de

www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstr. 8
Die grüne politische Stiftung 10117 Berlin

Interview: Julia Decker

Übrigens: Jedes grüne Mitglied hat rund 60.000 „Freundinnen und Freunde“ – so lautet die offizielle Anrede innerhalb der Partei. Hallo Facebook, wir waren schon lange vor dir da!

MEHR MITBESTIMMEN

Alles mit allen besprechen – das waren die Anfänge **basisdemokratischer Politik**. Wie holt man dieses Prinzip ins Jetzt? Marianne Weiß über neue Formen der **Mitgliederbeteiligung**.

Menschlich und direkt: Wir Grünen duzen uns – ursprünglich in Abgrenzung zu den etablierten Parteien und weil es als antiautoritär galt.

Grüne Mitglieder haben sich schon immer intensiv an allem beteiligt, was die Partei programmatisch oder parlamentarisch auf die Beine gestellt hat. Aber diese Kultur ist ein wenig in die Jahre gekommen, auch weil sie sich nicht ausreichend an neue Kommunikationsformen angepasst hat.

Wenn es zum Beispiel um kommunalpolitische Fragen geht, ist es vor Ort manchmal schwer geworden, sich einzubringen. Die Arbeit ist stark geprägt von oft seit Jahren ehrenamtlich tätigen Fraktionsmitgliedern. Als Neuer beginnt man immer auf kommunaler Ebene. Und da hat man nicht unbedingt sofort das Gefühl, mitreden zu können. Das führt zu einer reinen Konsumhaltung und die ist unbefriedigend. Man engagiert sich schließlich nur dann, wenn man das Gefühl hat, dass es gut war, seinen Senf dazu gegeben zu haben.

Ich bin Teil der Arbeitsgruppe Beteiligung. Wir wollen das vielfältige politische Wissen und den Sachverstand unserer Mitglieder nutzen, also brauchen wir auch ergänzende neue Mittel dafür. Die Digitalisierung hat es leichter gemacht, Informationen zu verbreiten und entsprechend schneller eine Gegenmeinung oder -position zu kommunizieren. Auch wenn es eine gewisse Überflutung an Onlinepetitionen – und dadurch die Gefahr eines Klick-und-weg-Engagements – gibt, wollen wir die onlinebasierte Beteiligung ausbauen. Auch für die Mitglieder, die sich nicht so intensiv am rea-

len politischen Leben beteiligen können oder wollen.

Zum einen wollen wir die bestehenden Instrumente für Beteiligung erweitern. So sollen zum Beispiel unsere digitalen Plattformen benutzerfreundlicher werden. Zudem wollen wir erreichen, dass ein grünes Mitglied die Möglichkeit hat, für sie oder ihn wichtige Belange zumindest einmal zum Vorstandsthema zu machen und ein Anliegen an den Bundesvorstand stellen kann. Dafür braucht es nach unserer Vorstellung bundesweit insgesamt 250 Mitglieder, um ein Thema zu setzen.

Momentan erlebe ich zum Beispiel, dass sich viele Grüne mit dem Thema Plastikmüll beschäftigen. Ich werde oft gefragt, warum wir uns da nicht mehr engagieren. Diese Frage mit anderen zusammen an den Bundesvorstand zu stellen, wäre ein klassisches Beispiel für diese neue Form des Mitmachens. Wenn es dort Argumente gegen eine aktuelle größere Kampagne gibt, ist man zumindest gehört worden und sieht, dass man das Parteileben auch beeinflussen kann.

Diese Stimmungsbilder aus der Mitgliedschaft wollen wir ergänzen mit



MARIANNE WEISS

Marianne Weiß ist Politische Geschäftsführerin im Landesvorstand der Grünen NRW. Die Diplom-Soziologin ist seit 1984 in der Partei aktiv und lebt mit ihrer Familie in Bielefeld. Dort war sie über zwanzig Jahre Geschäftsführerin bei den Grünen.

Protokoll: Julia Rothhaas

Mitgliederbefragungen zu zentralen Themen, deren Ergebnisse dann in unsere Gremienberatungen einfließen. Außerdem möchten wir das Parteiengesetz hin zu mehr direkten Abstimmungen reformieren, damit nicht nur auf Parteitagen Entscheidungen gefällt werden können.

DIE MITMACHPARTEI

Wir Grünen haben erfolgreich die Urwahl und neue Werkzeuge zur Beteiligung eingeführt – von Wurzelwerk über Textbegründung bis zu Antragsgrün. Jetzt wollen wir diesen Weg des direkten Austauschs weitergehen und mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe „Beteiligung“ die Mitgliederbeteiligung vielfältig ausbauen: Basisbegehren sollen eingeführt und Basisbefragungen ausgebaut werden. Über V-Anträge soll vor den Parteitagen digital abgestimmt werden können und der Urabstimmung wollen wir mehr Bedeutung zukommen lassen. Auch das Auswahlverfahren der europäischen Spitzenkandidaten soll erneuert werden. Alle Vorschläge werden wir auf der BDK vom 11. bis 13. November in Münster diskutieren und zur Abstimmung bringen. Mehr unter: gruene.de/beteiligung

Ein Beispiel: Als es in meiner Zeit als Kreisgeschäftsführerin um die Frage Bundeswehr-Afghanistan-Einsatz ging, gab es erregte Debatten. Wir überlegten, ob wir dem Bundesvorstand noch einmal einen Brief mit unseren Anregungen dazu schreiben sollten, nachdem klar war, wie die Bundesdiskussion geführt werden soll. Ich hatte damals nur die Option, über meinen Mailverteiler Stimmungen dazu einzufangen. Die Rückmeldungen waren komplex: Manche haben mir halbe Romane zu meiner Anfrage geschrieben, von anderen kam nur ein Nein. Damit konnte ich vor Ort relativ wenig anfangen. Eine Mitgliederbefragung, wie wir sie vorschlagen, könnte die Beteiligungsbasis verbreitern und Vorständen wertvolle Hinweise für breit getragene Kampagnen und Schwerpunktsetzungen geben.

In den Anfangszeiten der Grünen wurden alle Entscheidungen – ob Abstimmungen im Parlament oder Demoaufrufe auf Vollversammlungen – mit allen besprochen. Das war eine sehr

anstrengende Form der Beteiligung, zu der wir nicht zurück wollen. Ich glaube aber, dass das mit dem eigenen Alltag zu verbindende politische Mitgestalten durchaus wieder mehr Bedeutung bekommen muss. Theoretisch sind zwar all unsere Sitzungen mindestens mitgliederöffentlich – jede/r kann dazu kommen und mit beraten –, lebenspraktisch ist das aber nicht.

Wir wollen versuchen, auch andere Lebenswirklichkeiten stärker in die Politik einfließen zu lassen. Politik alltagstauglicher machen. Dazu gehört: sich beteiligen zu können, ohne jedes Wochenende auf einer anderen Tagung sitzen zu müssen. Online-Beteiligung auszubauen scheint uns dafür ein geeigneter Weg. Dabei geht es uns nicht darum, mit ein paar Klicks ein zeitgemäßes Gefühl zu erzeugen. Eine moderne Partei lebt davon, die Wissens- und Erfahrungsschätze ihrer Mitglieder zu heben und sie einfließen zu lassen, wo immer es geht. Und zwar auf eine Art und Weise, die auch mit dem Alltag aller kompatibel ist.

ANZEIGE

FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
FEIERT **HEBAMME LINDA**
JEDEN TAG GEBURTSTAG.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/linda

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**



EUROPAGRUPPE GRÜNE

Bündnis 90/Die Grünen hat in den vergangenen Jahren wichtige Schritte auf dem Weg der weiteren Europäisierung zurückgelegt. Doch es gibt noch viel zu tun.

Darüber hinaus berichtet Yannick Jadot, Europaabgeordneter der französischen Grünen, von den Urwahlen in Frankreich. Unsere französischen Freund*innen suchen eine*n Kandidat*in für die Präsidentschaftswahl im kommenden Jahr.

In dieser Ausgabe berichten wir auch von unserer Arbeit an einer europäischen Klimapolitik, die Klimaschutz und wirtschaftliche Dynamik vereinbar macht.

Wir heißen alle Leser*innen herzlich willkommen auf den Europaseiten und wünschen spannende Einblicke.

EURE EUROPAGRUPPE GRÜNE

KLIMAPOLITIK BUSINESS AS USUAL IST NICHT GENUG

von Rebecca Harms

Die Europäische Union wirkte in der internationalen Klimapolitik in den letzten Wochen überrumpelt. Nachdem etliche Staaten das Pariser Klimaabkommen ratifiziert hatten, drohte die Blamage für die ehemalige Klimavorreiterin. In allerletzter Minute gelang es das Abkommen zu ratifizieren. Wenn die Arbeit unter dem Abkommen beginnt, ist die EU beim nächsten Klimagipfel in Marrakesch (7. bis 18. November) nicht nur als Zuschauerin dabei. Die EU hetzt den internationalen Entwicklungen hinterher. Das zeigt, dass sich die europäische Haltung in der internationalen Klimapolitik wieder ändern muss. Lange konnten die Europäer*innen sicher sein, dass sich ohne ihr Zutun auf der internationalen Klimabühne nichts tut. Dass die EU sich 2007 unilateral auf verbindliche Klimaziele festlegte, war ungemein wichtig für den internationalen Klimaprozess. Auch in den Folgejahren war die EU treibende Kraft. Doch während in anderen Ländern auch durch das europäische Beispiel und hier angestoßene technologische Entwicklungen der Wille zum Klimaschutz zunahm, ließ der Ehrgeiz in der EU nach. Mit dem Abkommen von Paris im letzten Dezember hat sich die Dynamik endgültig verändert. Nicht nur gaben die USA und China ihre Blockade auf. Der Erfolg von Paris war auch einem neuen Gefühl von internationaler Kooperation und Handlungsfähigkeit zu verdanken.

„Die EU muss sich nun deutlich mehr anstrengen, um international eine relevante Rolle zu spielen.“

Um in Marrakesch nicht mit leeren Händen dazustehen, muss das Klimaziel für 2020 verschärft werden. Da die EU dieses Ziel ohnehin deutlich übertreffen wird, sollte es ein Leichtes sein, die überschüssigen Zertifikate aus dem Emissionshandel zu streichen. Das wäre auf der internationalen Bühne ein wichtiges Zeichen. Auch müssen die Ziele für 2030 an die Beschlüsse von Paris angepasst werden. Das bisherige Ziel von 40 Prozent Emissionsminderung reicht nicht aus, um den Klimawandel auf zwei Grad zu begrenzen. Die EU-Ziele für Erneuerbare und Energieeffizienz werden weder den Notwendigkeiten noch den Möglichkeiten gerecht. Die EU muss und kann mehr leisten. Die EU-Klima-, und Energieunion ist das Zukunftsprojekt, das wir gemeinsam brauchen.



Die EU bekäme damit nicht nur eine wichtige Rolle im internationalen Klimaschutz, sondern auch eine gute und notwendige neue wirtschaftliche Dynamik.

REBECCA HARMS setzt sich im Europäischen Parlament für eine Klimapolitik ein, die Klimaschutz und wirtschaftliche Dynamik vereinbar macht.

FRANKREICH SPALTUNGEN ÜBERWINDEN

Interview mit Yannick Jadot

Auch die französischen Grünen (Europe Écologie Les Verts) führen momentan eine Urwahl durch. Sie suchen eine*n Kandidat*in für die Präsidentschaftswahl im kommenden Jahr. Nach der ersten Runde führt der Europaabgeordnete Yannick Jadot. Anfang November stellt er sich der Stichwahl mit der Europaabgeordneten Michèle Rivasi.

Warum bewirbst Du dich? Ich bin davon überzeugt, dass wir einen Kurs der Eigenständigkeit fahren müssen und eine starke grüne Stimme im französischen Präsidentschaftswahlkampf brauchen. Der Klimawandel, das Artensterben, die Erschöpfung unserer Ressourcen destabilisieren unsere Gesellschaften und verschlimmern Ungleichheit und Diskriminierung. Unsere gegenwärtigen politischen Eliten haben darauf keine Antworten.

Was ist das Alleinstellungsmerkmal deiner Bewerbung? Ich bin der Kandidat, der die grüne Familie in Frankreich wieder einen und erfolgreich beleben kann. Ich glaube, dass wir Grüne durch unsere häufigen Richtungswechsel sowohl Sichtbarkeit als auch Glaubwürdigkeit verloren haben. Wir haben unsere Kernkompetenzen aus den Augen verloren. Ich möchte das Vertrauen in uns Grüne als konstruktiven Akteur stärken. Ich möchte, dass wir Grüne für die Transformation unserer Gesellschaft kämpfen, uns nicht wegduckten.

Du bewirbst dich als Mitglied des Europäischen Parlaments. Wie beeinflusst das deine Kampagne? Frankreich spürt die

negativen Auswirkungen eines Präsidialsystems. Mehr denn je hat das Land seinen Blick nach innen gerichtet. Die nationalen, teils chauvinistischen Spaltungen sind größer geworden. Doch wir bringen unsere Bürger*innen nur zusammen, wenn wir unsere europäische und globale Orientierung wiederfinden. Ich bin zutiefst besorgt, dass Frankreich die Europäische Union als Sehnsuchtsprojekt aufgegeben hat. Ich kämpfe dagegen an.

Was ist dein grünes Projekt für Frankreich? Momentan fehlt es uns an gemeinschaftlich geteilten Projekten. Wir haben unseren Kompass verloren. Politik muss kohärent sein, damit sie von den Bürger*innen angenommen wird. Unsere gegenwärtige Regierung ist aber alles andere als kohärent. Einerseits unterzeichnet sie den Pariser Weltklimavertrag, andererseits hält sie weiterhin an der Atomenergie fest. Auf der einen Seite ruft sie den so genannten Kampf gegen den Terrorismus aus, auf der anderen kooperiert sie sehr eng mit Regimes zusammen, die die Rechte ihrer Bürger*innen mit den Füßen treten. Während des Wahlkampfs möchte ich Projekte vorschlagen, die für mehr Solidarität in Frankreich und in Europa sorgen.

Was ist dein grünes Projekt für Europa? Wenn es uns gelingt, Europa vom Status quo der Austeritätspolitik und Neoliberalismus zu befreien, ist Europa Teil der Lösung. Die Mitgliedstaaten sind aber nicht willens, Kompetenzen abzugeben, um in der Sozial- und Migrationspolitik, in der Energie-, und Industriepolitik, aber auch bei Steuergerechtigkeit effektiv zusammenzuarbeiten. Es sind die Mitgliedstaaten, die es erlauben, dass in Polen und Ungarn Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verletzt werden. Es sind die Mitgliedstaaten, die unsere europäischen Werte der Zusammenarbeit mit dem türkischen Präsidenten Erdogan geopfert haben. Es muss viel getan werden, damit

das Vertrauen der Bürger*innen in das europäische Projekt wiedergewonnen werden kann. Bürger*innenversammlungen, strengere Regeln gegen Korruption und Interessenkonflikte sind erste, gute Schritte.

Welche Schwerpunkte möchtest Du während deiner Kampagne in Frankreich und in Europa setzen? Wir haben das Potenzial, bereits jetzt eine solidarischere Zukunft sowohl in Frankreich als auch in Europa zu gestalten. Die französische Energiewende belegt: Lokale Initiativen schaffen Arbeitsplätze, sie schaffen Solidarität und erneuern unsere Demokratie. In Europa müssen wir Grüne uns dafür einsetzen, dass durch Investitionen die Solidaritätskrisen zwischen den Mitgliedstaaten einerseits und der Europäischen Union und ihren Nachbarländern andererseits überwunden werden. Durch die Transformation unserer Wirtschaften und Gesellschaften können wir die Solidarität stärken.

Was verbindet Europe Écologie Les Verts und Bündnis 90/Die Grünen? Sowohl Europe Écologie Les Verts als auch Bündnis 90/Die Grünen kämpfen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene für eine menschliche Migrationspolitik, gegen Diskriminierung und die Transformation unserer Wirtschaften. Wir setzen uns für Steuergerechtigkeit und Solidarität ein. Gerade vor dem Hintergrund starker rechter und rechtsextremer Parteien in Frankreich und Deutschland möchten wir auf beiden Seiten des Rheins vorwärts und nicht zurück gehen.

Interview: Aldo Caruso



YANNICK JADOT ist Gründungsmitglied von Europe Écologie Les Verts und Mitglied des Europäischen Parlaments seit 2009.

12.582 TEILNEHMER*INNEN

An der Urwahl haben sich 12.582 Teilnehmer*innen beteiligt. Die Europaabgeordneten Yannick Jadot und Michèle Rivasi gehen Anfang November in die Stichwahl. Weitere Kandidatinnen waren die Europaabgeordnete Karima Delli und Cécile DufLOT, ehemalige Ministerin für sozialen Wohnungsbau.

Mehr Infos unter www.primaire-ecologie.fr



Weitere Infos auf gruene-europa.de
[gruene_europa facebook.com/europagruppe](https://gruene_europa.facebook.com/europagruppe)

DAS BESTE GRÜNE ERGEBNIS IN EUROPA

Bei den Europawahlen im Mai 2009 erreichte Europe Écologie Les Verts das bisher beste Ergebnis einer grünen Partei mit 16,28 Prozent. Bei den jüngsten Europawahlen erreichten die französischen Grünen 8,91 Prozent und sind seitdem mit sechs Abgeordneten im Europaparlament vertreten.

Hintergründe auf www.europeangreens.eu

SECHS ABGEORDNETE IM EUROPAPARLAMENT

Zu den Europaabgeordneten von Europe Écologie Les Verts zählen neben Yannick Jadot (Wahlkreis Ouest), Michèle Rivasi (Wahlkreis Sud-Est) und Karima Delli (Wahlkreis Nord-Ouest) auch José Bové (Wahlkreis Sud-Ouest), Pascal Durand (Wahlkreis Ile-de-France) und Eva Joly (Wahlkreis Ile-de-France).

Weitere Infos unter www.greens-efa.eu



EUROPA DIE GRÜNEN ALS EUROPAPARTEI

von Jan Philipp Albrecht, Reinhard Bütikofer und Sven Giegold

Europa befindet sich in einer Phase großer Umwälzungen. Die Krisen um uns herum nehmen zu. Die Fliehkräfte in der Europäischen Union werden stärker: die nicht überwundene Wirtschaftskrise, das Brexit-Referendum des Vereinigten Königreichs, erstarkende rechtspopulistische und europafeindliche Bewegungen, Zweifel bei den Menschen, wo es mit Europa hingehen soll. Umso mehr braucht es jetzt eine starke grüne Europapartei, die Orientierung gibt. Wir blicken dabei auf eine lange Tradition zurück, denn das europäische Projekt ist ein zentraler Teil unserer politischen Grundorientierung. Um den Anspruch als Europapartei weiter auszufüllen, haben wir zusammen mit dem Bundesvorstand einige konkrete Vorschläge erarbeitet, für die wir um Unterstützung werben: Um die Europawahl 2019 mit einem guten grünen Ergebnis zu meistern, ist eine große Kraftanstrengung der gesamten europäischen grünen Familie nötig. Der Europäischen Grünen Partei kommt eine zentrale Rolle dabei zu, die kleineren grünen Parteien in ihrer Fortentwicklung zu unterstützen, eine gemeinsame Perspektive in der sehr vielfältigen grünen Familie zu entwickeln und die Kooperation untereinander zu fördern. Wir deutschen GRÜNEN haben eine besondere Verantwortung für die europäische Parteienfamilie, die wir gemeinsam mit den anderen starken Mitgliedsparteien wahrnehmen wollen. Von besonderer Bedeutung werden 2017 die Präsidentschaftswahlen in Frankreich sein. Wir wollen den Wahlkampf der französischen Grünen Europe Écologie Les Verts nach Kräften unterstützen. Außerdem wollen wir unsere Zusammenarbeit mit der Green Party of England and Wales weiter vertiefen, um die im nächsten Jahr anlaufenden Brexit-Verhandlungen zu begleiten. Die europäischen Parteien sollten weiterhin mit Spitzenkandidat*innen für das Amt des/der Kommissionspräsident*in zur Europawahl antreten. Für die Auswahl der grünen Spitzenkandidat*innen setzen wir auf eine demokratische und inklusive Urwahl. Wir bitten die Europäische Grüne Partei, bis zu unserem Parteitag Ende 2017 ein mit den Mitgliedsparteien abgestimmtes Konzept zur Wahl von europäischen Spitzenkandidat*innen



Europagruppe GRÜNE / Europäisches Parlament
www.gruene-europa.de
info@gruene-europa.de
[twitter: @gruene_europa](https://twitter.com/gruene_europa)
facebook.com/europagruene

Verantwortlicher Europaseiten: Aldo Caruso

vorzulegen, das die Erfahrungen der letzten europäischen Vorwahlen berücksichtigt und ein entsprechendes Verfahren vorsieht. Außerdem setzen wir uns für transnationale Listen ein, durch die ein Teil der Abgeordneten des Europäischen Parlaments nicht in den einzelnen Mitgliedstaaten, sondern über gesamteuropäische Listen gewählt werden. Hier könnte der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union einen Ausweg eröffnen, indem die nach dem Brexit freiwerdenden Plätze britischer Europaabgeordneter für transnationale Listen genutzt werden könnten. Um die gemeinsame Programmarbeit zu fördern, bitten wir die Europäische Grüne Partei einen breiten europäischen Programmprozess zur nächsten Europawahl auf die Beine zu stellen. Den Programmwurf zur Bundestagswahl werden wir nach Veröffentlichung den anderen Parteien innerhalb der Europäischen Grünen Partei zur Kommentierung übersenden. Europäische Begegnungen sind noch zu häufig eine Angelegenheit der politischen Spitzen und Europafans. Aber Europa wächst von unten: Deshalb wollen wir die europäische Vernetzung auch von unten her fördern, durch Kooperation auf der Ebene der Kommunen, Kreisverbänden und Landesverbänden. Auch die einzelnen Parteimitglieder sollen sich stärker als Teil der europäischen Bewegung wahrnehmen. Unsere Überzeugungskraft als europäische grüne Partei hängt auch davon ab, wie wir europaweit zu unseren Themen mobilisieren können. Dafür wollen wir unsere Strukturen und die der Europäischen Grünen Partei stärken und die organisatorischen und finanziellen Bedingungen dafür schaffen. Mit der Funktion der internationalen Koordination im nächsten Bundesvorstand werden wir den gegenseitigen Austausch grüner Positionen zwischen den deutschen Grünen und der Europäischen Grünen Partei ausbauen. Dabei sollen deutsche Positionen noch stärker in die Europäische Grüne Partei getragen und die deutschen Grünen über wichtige Positionierungen innerhalb der Europäischen Grünen Partei – zusammen mit Informationen zum Abstimmungsverhalten der Mitgliedsparteien bei Streitfragen – informiert werden. Wir setzen uns für ein Mehr an Kooperation zwischen Parteivorständen ein. Vor den Sitzungen des europäischen Rates und der Ministerräte sollten die Grünen in den nationalen Parlamenten mit zuständigen Grünen im Europäischen Parlament und der Europäischen Grünen Partei zusammenkommen, um gemeinsame Botschaften abzustimmen. Die Divestment-Kampagne ist ein erfolgreiches Beispiel dafür, wie – koordiniert durch die Europäische Grüne Partei – europäische grüne Parteien gemeinsam mit vielen zivilgesellschaftlichen Kräften das Thema aufgreifen und so eine europaweite Öffentlichkeit zu einem Thema wachsen kann. Wir unterstützen solche europaweiten Kampagnen. Bündnis 90/Die Grünen hat in den vergangenen Jahren wichtige Schritte auf dem Weg der weiteren Europäisierung zurückgelegt. Doch es gibt noch viel zu tun. Wir bitten dafür um Eure Unterstützung.

JAN PHILIPP ALBRECHT, REINHARD BÜTIKOFER UND SVEN GIEGOLD sind Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen im Europäischen Parlament. Reinhard Bütikofer ist Ko-Vorsitzender der Europäischen Grünen Partei, Sven Giegold ist Sprecher der Europagruppe GRÜNE.



Wir Grüne sind und bleiben überzeugte Europäer*innen. Denn:

Die EU ist das Wertvollste, was dieser Kontinent je geschaffen hat.

Europa prägt unser Leben und wir wollen, dass das so bleibt.

Die Herausforderungen unserer Zeit sind global und zu groß, um in Kleinstaaterei zu verharren.

Grüne Kernanliegen können wir effektiv nur gemeinsam und nicht allein angehen.

In einem über einjährigen Prozess haben wir Grüne immer wieder intensiv miteinander, aber auch mit Expert*innen und Bürger*innen über die Zukunft der EU diskutiert. Ergebnis dieses Prozesses ist eine von Grüner Bundestagsfraktion und Europagruppe GRÜNE im Europäischen Parlament gemeinsam entwickelte „Grüne Erklärung zur Zukunft der EU“, die auf einer gemeinsamen Sitzung beider Fraktionen beschlossen wurde. Die Erklärung gibt es hier: <http://gruenlink.de/19u9>

Wir Grüne sind die politische Kraft, die Europa auch in schwierigen Zeiten zusammenhalten und den Weg der europäischen Integration weiter beschreiten will. Wir laufen den Rechtspopulist*innen nicht hinterher, wir räumen unsere Positionen nicht, sondern streiten auch in Zeiten der Krisen für ein ökologischeres, solidarischeres und weltoffenes Europa.

Mangelnde Solidarität im Umgang mit den vielen gegenwärtigen Krisen lassen derzeit die Zweifel wachsen, ob die EU und ihre Mitgliedstaaten in der Lage sind, die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Wir wollen uns diesen Herausforderungen stellen. Wir wollen dieses europäische Miteinander erhalten und mit Mut zu Veränderung um unsere europäische Zukunft kämpfen.

ANZEIGE



Keine Chance für dicke Luft: Getränkekartons werden aus Holz hergestellt, das aus verantwortungsvoll bewirtschafteten Wäldern stammt. Trotz Recycling verursachen Einweg-Plastikflaschen deutlich mehr CO₂ als ökologisch vorteilhafte Getränkeverpackungen. www.karton-natuerlich.de

Das Umweltbundesamt empfiehlt den Kauf von Mehrwegflaschen und ökologisch vorteilhaften Getränkekartons.

**KARTON,
NATÜRLICH!**

Eine Initiative des Fachverband
 Kartonverpackungen für Flüssige
 Nahrungsmittel e.V.



Text: Julia Rothhaas / Fotografie: Barbara Bonisolli

DER GESCHMACK VON EWIGKEIT

Gut gegen Böse. So kann man den Prozess der Fermentation zusammenfassen. Denn für diese Technik werden die guten Mikroben ins Einmachglas gesetzt, um die Arbeit der bösen Mikroben zu behindern. Im Grunde findet die Fermentation also überall dort statt, wo Bakterien, Hefe- oder Schimmelpilze anfangen wollen, Lebensmittel zu zersetzen. Die ersten Aufzeichnungen zur Fermentation stammen von 6000 v. Chr., aber aktuell finden sich in den Läden jede Menge Kochbücher zum Thema, die sogenannten „Fermentos“ treffen sich auf eigenen Food-Festivals und selbst die Spitzenküche setzt auf das Essen aus dem Weckglas, weil der Geschmack vieler Lebensmittel dadurch komplexer wird. Der holländische Spitzenkoch

Jonnie Boer etwa findet die Säure, die durch die milchsäure Fermentation entsteht, besser als die von Zitrusfrüchten. Vom Acker auf den Teller: Lange haben wir beim Kochen vor allem auf den Faktor Frische gesetzt. Dabei wusste schon die Oma, wie viel Vitamin C im Sauerkraut steckt, und legte über Monate einen ganzen Topf im Keller an. Wir haben nicht hingehört und stattdessen penibel alles, was eine halbe Stunde über dem Mindesthaltbarkeitsdatum lag, in die Tonne geworfen (pro Jahr 82 Kilo Lebensmittel pro Durchschnittsdeutscher!). Dabei spielt Hygiene auch bei der Fermentation eine große Rolle, weil wir den Verrottungsprozess ja nicht den Bösen überlassen wollen. Nun müssen wir erst wieder lernen, wie viele Produkte es nur gibt, weil sie fermentiert sind. Die rohe Olive? Bäh. Erst mit Hilfe von Lauge und Gewürzen wird sie zu dem, was wir köstlich finden. An den rohen Schinken

Fermentation ist vielfältig – man versteht darunter die Gärung bei Lebensmitteln durch Mikroorganismen. Dazu gehören: Milchsäuregärung (Joghurt, Sauerkraut), alkoholische Gärung (Bier, Wein), essigsäure Gärung wie bei sauren Gurken, die alkalische Gärung bei speziellen Samen und die Gärung durch Schimmelpilze (Gorgonzola, Miso). Hier zu sehen: Zubereitung von rotem Sauerkraut aus „Das vegetarische Kochbuch“ von Barbara Bonisolli, Callwey Verlag, 2016.



kommen nicht nur Salz, Gewürze und Fett, sondern auch mikrobielle Starterkulturen. Darauf ein Glas Bier – das es ohne Gären nicht gäbe. Die Methode ist eigentlich moderner als alle Haushaltsgeräte auf dem Markt zusammen. Weil sie ohne Strom oder teure Ausrüstung auskommt. Und dass Kimchi, Joghurt oder Sauerteig immer wieder anders schmecken, weil es nur wenig Verlässlichkeit bei der Herstellung gibt, macht das Ganze nicht zum Risiko, sondern zum Abenteuer. Es darf also wieder mehr blubbern und brodeln in unseren Küchen. Nur Hände weg von der Avocado. So warnt der „Guru der Fermentation“, der Amerikaner Sandor Ellix Katz: „Da kommt nichts Gescheites dabei heraus.“

TERMINE

11. – 13. November 2016: Bundesdelegiertenkonferenz in Münster

Auf der BDK mit Schwerpunkt Gerechtigkeit findet als besonderes Highlight auch ein Urwahlforum statt. Mehr Infos: gruene.de/bdk

2. – 4. Dezember 2016: EGP-Council in Glasgow, Großbritannien

Mit den wichtigen Themen:

- Nach dem Brexit
 - Steuersümpfe austrocknen
 - Jobs und Innovationen
- Mehr Infos: europeangreens.eu/glasgow2016

9. – 10. Januar 2017: Klausur des Bundesvorstandes

Startschuss ins Wahljahr! Der Bundesvorstand debattiert über kommende Aufgaben und Strategien im Wahljahr.

3. Kalenderwoche, Januar 2017: Urwahl – Verkündung der Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten

In der dritten Kalenderwoche gibt Michael Kellner das Spitzenduo bekannt, über das die Parteibasis per Urwahl entschieden hat und das uns in den Bundestagswahlkampf 2017 führen wird.

21. Januar 2017: Wir haben es satt! – Demonstration in Berlin

Starkes Zeichen für gutes Essen und gute Landwirtschaft! Wir freuen uns, euch am 21. Januar 2017 zur nächsten Wir haben es satt!-Demonstration in Berlin zu sehen! Mehr Infos: wir-haben-es-satt.de

30. März bis 2. April 2017:

Kongress der European Green Party (EGP) und der Global Greens in Liverpool, Großbritannien, mehr Infos folgen auf europeangreens.eu

GRÜNE STIMMEN

... zur Ausgabe
„Da geht noch was“:

5 DM pro Liter Benzin, maximal eine Flugreise pro Person in 5 Jahren und Tempo 30 in Berlin waren keine „Sackgassen“, sondern geeignete Anstöße für die Verkehrswende.

Johannes B.,
Niedersachsen, Osnabrück

Das Magazin „Da geht doch noch was – Schwerpunkt Mobilität“ ist nicht frei von Widersprüchen. Das ist nicht weiter tragisch, schließlich sind wir keine vollkommenen Menschen.

Michael C., Sachsen, Görlitz

Ich finde die beiden letzten Ausgaben sehr ansprechend, auch dass sie so unterschiedlich sind. Toll!

Michael L., Baden-Württemberg, Allensbach

So respektabel wie ich die Frontseite finde, so leicht verwirrt oder verwirrend finde ich den Meinungsvektor, der transportiert wird.

Arturo B., Berlin

Das Magazin „Da geht noch was“ ist für mich erstklassig und regt erstaunlich gut zum Nachdenken an. Ganz besonders dankbar bin ich für das Interview mit Joschka Fischer. Ich habe daraus an Enkel und Kinder Zitate gemailt.

Hella W., per Mail

Das Thema Mobilität finde ich für uns sehr wichtig. Vielleicht könnt ihr das noch einmal vertiefen ...

Michael G.,
Nordrhein-Westfalen, Unna

IMPRESSUM

Das Magazin der Grünen – Mitgliederzeitschrift

Nr. 4, ISSN 2509-3193
Postvertriebszeichen: A 02908

Herausgeber:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Michael Kellner,
Politischer Bundesgeschäftsführer
V. i. S. d. P.: Robert Heinrich,
Leiter Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion, Gestaltung, Produktion:

Anzinger und Rasp
Kommunikation GmbH, München
Redaktion: Julia Decker, Ivonne Fehn
Gestaltung: Miriam Bröckel

Kontakt Redaktion:

E-Mail: magazin@gruene.de
Redaktion Das Magazin der Grünen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Triftstraße 13, 80538 München

Anzeigenverwaltung:

Runze & Casper Werbeagentur GmbH
Ruth Hansmann
Linienstraße 214, 10119 Berlin
Tel.: 030.28 01 80-145
Mail: verlagsservice@runze-casper.de

Druck:

61.000 Ex., Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG, Kassel, auf 100 % Recyclingpapier. Den Auflagen von Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen liegen Zeitungen der Landesverbände oder Landtagsfraktionen, sowie die Werbemittel der Green City Energy AG und der UDI Beratungs GmbH bei.

Jahresabonnement:

4 Ausgaben: 11,90 Euro, Bestellung schriftlich an: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Abo/Magazin, Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 10.03.2017.

Spendenkonto:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
GLS Gemeinschaftsbank
IBAN: DE73 4306 0967 8035 8159 00
BIC: GENODEM1GLS

Energie für den Neustart.



Die Zukunft ist elektrisch.

Wer viel vorhat, muss gut gerüstet sein. Wir wollen das Elektroauto für alle erschwinglich machen und Sie mit innovativen Mobilitätskonzepten überzeugen. Null Emissionen sind unser Ziel, Transparenz und Offenheit unsere Pflicht. Denn es ist uns besonders wichtig, Ihr Vertrauen zurückzugewinnen. Bewegen wir uns gemeinsam in Richtung Zukunft!



Volkswagen

Kraftstoffverbrauch in l/100 km: kombiniert 1,7–1,5, Stromverbrauch in kWh/100 km: kombiniert 12,4–11,4, CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 39–35. Abb. zeigt optionale Sonderausstattung.